

(Beginn: 15.35 Uhr - Ende: 18.41 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 59. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister - die kann ich nämlich sehen; seien Sie sehr herzlich begrüßt -, wenn er schon da ist, den stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Abeke, und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates.

Wir tagen wie schon bei der letzten Ratssitzung hier in verkleinerter Besetzung und mit gekürzter Tagesordnung. Die Besetzung gleicht sich ja fast einer vollen Besetzung an. Wir haben da schon einen Schritt nach vorne gemacht, wie es auch den Lockerungen entspricht.

Damit wir hier so tagen können, dass die Mindestabstände eingehalten werden, verzichten heute folgende Ratsmitglieder auf die Anwesenheit im Sitzungssaal: Frau Akbayir, Herr Brust, Herr Ciesla-Baier, Frau Frebel, Herr Dr. Gutzeit, Frau Halberstadt-Kausch, Frau Heithorst, Frau Heuser, Frau Hoyer, Herr Klein, Herr Kron, Frau Nessler-Komp, Herr Noack, Herr Pöttgen, Frau Schlömer, Herr Schneider, Herr Scholz, Frau Schultes, Frau Schwab, Frau Stahlhofen, Herr Sterck, Herr Dr. Strahl, Herr Thelen, Herr Trischler, Herr van Benthem, Herr Walter, Frau Welcker, Herr Welter, Frau Wolter, Herr Wortmann und Herr Yurtsever.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Frenzel, Herrn Götz und Frau Professor Dr. Killersreiter.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP sowie die Gruppe GUT, Herr Wortmann und Frau Gerlach haben am 12. Mai 2020 fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit SARS-CoV-2“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Zu- setzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.1 bis TOP 4.4, die Anregung des Integrationsrates unter TOP 5.4.2, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 10.21 bis TOP 10.27 und die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung unter TOP 18.3 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 23.10, TOP 24.3, TOP 24.4 und TOP 24.5.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.2, 10.5, 10.9, 10.20 und 23.6.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir bitten um Vertagung des Tagesordnungspunktes 5.4.2, Anregung des Integrationsrates für die Integrationsratswahlen 2020. Da wir diesen Punkt sehr kurzfristig auf die Tagesordnung bekommen haben und er nicht vollumfänglich der Beschlussfassung des Integrationsrates entspricht, brauchen wir hier noch mehr Zeit.

Falls es zur Fristeinholung die Zeit bis zur nächsten Ratssitzung nicht geben sollte, wären wir auch zu einer Dringlichkeitsentscheidung auf der Strecke dorthin bereit. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das haben wir aufgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur eine Bitte! Kann man den Hall ein bisschen herunterregeln?)

- Man hat mir gerade gesagt, ich solle näher ans Mikrofon herangehen. Ich kann mich ja einmal ein bisschen weiter davon entfernen. - Ist es jetzt besser? - Ich halte jeden Abstand zum Mikrofon ein, der mir von der Technik vorgeschlagen wird; das ist ja klar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, mir zu sagen, wenn es irgendwelche Kommunikationsschwierigkeiten gibt. - Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Wir sind noch bei der Tagesordnung. Richtig?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Wir sind bei den Wortmeldungen zur Tagesordnung.

Volker Görzel (FDP): Genau. - Zu TOP 6.4.2 meldet unsere Fraktion noch Beratungsbedarf an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bei der Änderung der Geschäftsordnung haben Sie noch Beratungsbedarf. Gut. Das ist aufgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen.

Die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie die Gruppe GUT haben am 7. Mai 2020 einen Antrag zum Thema „Kinder- und Jugendfreizeiten im Sommer 2020 sichern“ gestellt. Das ist TOP 3.1.7.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Unter TOP 3.1.8 liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP sowie der Gruppe GUT und von Frau Gerlach vom 8. Mai 2020 vor. Es geht um die „Unterstützung von LGBTI in Katowice“, unserer Partnerstadt Kattowitz.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Ich komme zur Reihenfolge der Tagesordnung.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Auch bei dieser Sitzung ist ja von uns allen Disziplin gefragt, damit wir die Punkte zügig behandeln können. Ich schlage daher vor, die Redezeiten für die Anträge abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen.

Außerdem ist mir mitgeteilt worden, dass Sie auf Redebeiträge zu den Vorlagen verzichten werden bzw. diese stattdessen zu Protokoll geben. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Abschließend frage ich: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir kommen zu:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT, von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und von RM Gerlach betreffend „Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit SARS-CoV-2“ AN/0603/2020

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir alle erleben, dass die Zahl der Neuinfektionen in Köln weiterhin sehr niedrig ist. Nach heutigem Stand sind noch 118 Menschen infiziert. 2 191 Personen sind bereits genesen.

Ob die aktuellen Lockerungen der Einschränkungen die angemessene Reaktion darauf sind, werden die kommenden Tage und Wochen erweisen müssen.

Ich möchte mich heute für Ihr Durchhaltevermögen, das Einhalten der Kontakteinschränkungen und das Einhalten der Distanzregelungen bedanken. Ich danke Ihnen allen - den Mitgliedern des Rates, den Politikerinnen und Politikern und allen Kölnerinnen und Kölnern - dafür, dass Sie alle Ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und mit Selbstverantwortung und Zuversicht die Einschränkungen und die Herausforderungen dieser Krise meistern.

Wie Sie wissen, ist morgen der Tag der Familie. Ich denke, dass er in diesem Jahr eine besondere Bedeutung hat. Großeltern müssen die Distanz zu ihren Enkeln einhalten und Eltern ihre Kinder beschulen.

Das Familiengefühl, das die Kölner auch gerne für gute Freunde empfinden, hat uns, glaube ich,

trotz dieser Distanzregelungen gute Dienste geleistet.

Ich freue mich genauso sehr wie Sie darauf, nach dieser Zeit der Pandemie diese - so nenne ich es immer - positive Distanzlosigkeit, für die wir Kölner ja bekannt sind, als Bestandteil unserer Identität zurückzugewinnen und wieder anders, nämlich näher, miteinander umgehen zu können.

Aber wir müssen uns noch ein bisschen anstrengen. Und das heißt: Wer Freiheit will, der muss auch Verantwortung tragen. So sind wir mit den Lockerungen, die sicher richtig sind, nun dazu aufgerufen, uns noch stärker selbst zu regulieren. Denn dieser Schritt ist wichtig, um die Wirtschaft wieder zu stabilisieren.

Ich denke, dass wir mit gutem Gewissen sagen können: Wir haben das Virus im Griff. - Das ist ein Verdienst aller Kölnerinnen und Kölner.

Es liegt gleichzeitig in unserer Verantwortung, dass das auch so bleibt. Dazu gehört nun einmal, dass wir nicht nachlassen, das Erlernte auch umzusetzen - Selbstverantwortung, Selbstdisziplin. Dafür sind wir hier heute ein gutes Beispiel.

Ich bedanke mich bei Ihnen dafür und bitte Herrn Dr. Keller, aus dem Krisenstab zu berichten.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schließe mich dem Dank an. Hier möchte ich auch einmal all denen in der Verwaltung danken, die in den letzten Wochen und Monaten sehr, sehr aktiv gearbeitet haben.

(Beifall)

Was wir da machen, ist wirklich eine Teamanstrengung und gelingt auch sehr gut.

Ich weiß nicht, ob das vielleicht unangemessen ist, würde mich aber gerne auch einmal bei Ihnen bedanken. Denn wir spüren als Verwaltung insgesamt - bei aller konstruktiven Kritik, die Sie auch zu Recht anbringen - ein ausgesprochen gut ausgeprägtes Grundvertrauen in das, was wir hier machen. Ich sage ganz ehrlich: Es tut der Verwaltung dann auch mal gut, das so zu spüren. - Nach meiner Überzeugung kommen wir hier auch gemeinsam wirklich zu guten Ergebnissen.

Sie sind es gewohnt, dass wir kurz die Zahlen vorstellen. Das will ich jetzt auch in aller Kürze tun.

Stand heute, 13 Uhr, hatten wir 2 406 Infektionen - das sind drei mehr als gestern - und 97 Todesfälle.

Die drei mehr als gestern hebe ich insofern besonders hervor, als dass wir unser Augenmerk jetzt immer auf die von Bund und Ländern verabredete Schwelle von 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner richten. Wir verfolgen jetzt auch anhand einer Kurve, wie weit wir uns dieser Marge nähern. Das entspricht für Köln einer Infektionszahl von 540 in sieben Tagen.

Davon sind wir - das darf ich Ihnen zur Beruhigung sagen - sehr, sehr weit entfernt. Auch auf dem Höhepunkt der Pandemie war es nur an einem Tag so, dass wir in der Sieben-Tage-Rückschau diese Grenze gerissen hätten. Daher sind wir sehr zuversichtlich, dass wir nicht nur darunter bleiben, sondern auch deutlich darunter bleiben.

Stand heute Mittag hatten wir eine Belegung der Krankenhäuser mit insgesamt 46 Personen, die an COVID-19 erkrankt sind, davon 20 auf der Intensivstation. Vor zehn Tagen, am 4. Mai, waren noch 78 Menschen in stationärer und 46 in intensivmedizinischer Behandlung. Vor zehn Tagen lagen also noch mehr als doppelt so viele Menschen auf der Intensivstation wie heute. Das zeigt, wie sehr sich die Lage an dieser Stelle entspannt hat.

Eine ähnlich positive Entwicklung - von Entspannung würde ich noch nicht reden - ist in den Alten- und Pflegeheimen zu verzeichnen. Dort haben wir, Stand jetzt, noch 69 Infektionen in 34 Einrichtungen. Bei diesen 69 positiven Personen handelt es sich um 29 Bewohner und 40 Mitarbeitende, die wir auch im Rahmen unseres sogenannten Biomonitorings herausgefunden haben. Auch hier der Vergleich: Vor zehn Tagen waren es noch 50 Einrichtungen - heute 34 - und 150 Infektionen - heute 69. Auch hier hat sich die Situation also deutlich entspannt.

Das von mir angesprochene Biomonitoring - wir haben uns dazu entschlossen, sämtliche Pflegekräfte in Köln zu testen, weil sie mit vulnerablen Gruppen in Kontakt sind - ist ein Schritt, der auch überregional sehr viel Aufsehen erregt hat. Wir haben die Tests mittlerweile abgeschlossen. Die Ergebnisse werden gerade ausgewertet.

Wir haben insgesamt 8 100 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen mit Nase-Rachen-Abstrich und Blutuntersuchung getestet und dabei eine ganze Reihe positiver Fälle entdeckt. Jeder einzelne positive Fall, den wir in diesem Verfahren entdeckt haben, bedeutet einen Gewinn an Sicherheit für die Bewohnerinnen und Bewohner in den Heimen. Insofern war das gut.

Derzeit arbeiten wir daran, ein Follow-up vorzubereiten. Das heißt, dass wir das jetzt regelmäßig wiederholen werden. Das Biomonitoring wird also fortgesetzt.

Über einen weiteren Punkt möchte ich heute auch noch berichten. Wir werden nicht nur das Biomonitoring in den Heimen fortsetzen, sondern die Testungen auch dadurch ausweiten, dass wir uns an einer Reihe größerer Forschungsprojekte beteiligen oder sie selbst initiieren.

Zum Beispiel geht es bei zwei Projekten um das Thema Schule.

Ein Projekt, das wir zusammen mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen durchführen möchten, betrifft die weiterführenden Schulen. In Kooperation mit Laboren, der Technischen Hochschule, der Universität und dem Ministerium wollen wir einen Systemansatz entwickeln, mit dem wir unter Corona-Aspekten einen Normalbetrieb in den Schulen sicherstellen können.

Ein ähnliches Projekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werden soll und vom Gesundheitsamt zusammen mit der Universität durchgeführt wird, betrifft etwas Vergleichbares im Grundschulbereich.

Außerdem haben wir ein Modellprojekt für Seniorenheime in Vorbereitung, um auch hier mit entsprechender Unterfütterung den Öffnungsprozess weiter vorantreiben zu können.

Des Weiteren - und das halte ich für besonders wichtig - legen wir ein Projekt auf, das „Kölner Corona-Kohorte“ genannt wird. Hier wollen wir eine repräsentative Studie mit 3 000 bis 4 000 Kölnerinnen und Kölnern durchführen, um Kennwerte zur Ausbreitung des Virus zu entwickeln. Auch das ist eine Kooperation mit der Uniklinik und findet unter dem Dach des Forschungsverbundes statt, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung entwickelt worden ist.

Ich glaube, dass wir gut daran tun, uns an diesen sinnvollen Projekten zu beteiligen, um mehr über das Virus zu lernen und daraus dann entspre-

chende Schlüsse zum weiteren Umgang damit ziehen zu können.

Sie haben in dem Antrag, der zu dieser aktuellen Stunde geführt hat, ausdrücklich gefragt, wie es mit der Maskenpflicht aussieht und wie wir die Compliance bewerten. Hier kann ich mich den Worten der Oberbürgermeisterin anschließen. Die Regelungen zum Mund-Nase-Schutz, also zur Maskenpflicht, werden weitgehend befolgt, sodass wir wenig einschreiten müssen. 400 Mal haben wir Menschen angesprochen und sie aufgefordert, eine Maske aufzuziehen. Überwiegend ist dem auch Folge geleistet worden. Wir haben bislang acht dokumentierte Verstöße gegen die Maskenpflicht, die wir auch in Ordnungswidrigkeitenverfahren überleiten werden. Alle diese acht Verstöße haben sich im Einzelhandel abgespielt, also nicht im ÖPNV.

Wir beobachten sehr genau das Thema der Ansammlungen und Versammlungen im öffentlichen Raum. Hier haben wir die Ihnen allseits bekannten Brennpunkte, beispielsweise den Rheinboulevard oder auch den Brüsseler Platz, im Auge. Wir sind immer noch nicht - ich sage ganz deutlich: immer noch nicht - an dem Punkt, an dem wir sagen würden: Die Situation stellt sich so dar, dass wir hier vielleicht über Sperrungen nachdenken müssen. - Wir beobachten aber schon, dass gerade in den Abendstunden dort deutlich mehr los ist. Das betrifft nicht nur den Rheinboulevard, sondern auch den Brüsseler Platz. Wir haben das sehr genau im Auge. Sollte dort mit immer besser werdendem Wetter auch mehr passieren, würden wir tatsächlich in Erwägung ziehen, diese Bereiche zu sperren. Wie gesagt, war das bislang aber nicht erforderlich; ich hätte es persönlich auch für unverhältnismäßig gehalten.

Wir sind auf das Fußballspiel am Sonntag vorbereitet. Der Ordnungsdienst steht im engen Austausch mit der Polizei. Wir gehen davon aus, dass wir hier so aufgestellt sind, dass wir die Lage an dieser Stelle im Griff haben. Das Stadion ist weiträumig abgesperrt, sodass wir unmittelbar in Stadionnähe auch keine Menschenansammlungen zu erwarten haben oder sie verhindern können. Ansonsten beobachten wir die Lage genau. Der Ordnungsdienst ist mit der gleichen Personalstärke im Einsatz wie auch sonst bei einem ganz normalen Heimspiel des FC.

Des Weiteren stehen wir mit der Polizei im Austausch über das Versammlungsgeschehen. Wir haben bundesweit Hinweise auf sogenannte Anti-Masken-Flashmobs. Sie sind aber wirklich bundesweit erfolgt und ohne konkreten Hinter-

grund in Köln. Trotzdem beobachten wir das sehr genau. Es gibt noch keine konkreten Hinweise auf Störaktionen in Köln. Aber wenn sie kämen, wären wir entsprechend vorbereitet. Allerdings ist das dann auch in erster Linie eine Aufgabe der Polizei. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Frau Dr. Diemert.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Man hat mich gebeten, an dieser Stelle einige Worte zu den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu finden.

Es wundert Sie sicherlich nicht, dass die finanziellen Folgen bei uns immer stärker spürbar werden. Das betrifft natürlich zuallererst die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, es betrifft die Wirtschaft, und es betrifft quasi als Spiegel all dessen auch die öffentlichen Haushalte.

Ich möchte ganz kurz zitieren. Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat vor wenigen Tagen auf Folgendes hingewiesen - Zitat -:

Die kommunalen Haushalte werden so hohe Einbußen erleiden, wie wir sie in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gesehen haben.

Aktuell läuft in Berlin die Steuerschätzung. Die mir gerade zugespielten Ergebnisse besagen, dass die Steuerschätzung im Vergleich zum Vorjahr von einem Rückgang der Steuereinnahmen für die Kommunen um 11,1 Prozent ausgeht. Auf die Gewerbesteuer entfällt dabei ein Einbruch um 25 Prozent brutto. Diese Zahlen sind sehr deutlich. Und dennoch - so die Einschätzung des Städtetages - ist das keine pessimistische Schätzung.

Hier in Köln, wo die Gewerbesteuer fast 30 Prozent unserer Erträge ausmacht und fast zwei Drittel unserer Erträge konjunkturabhängig sind, haben wir schon sehr früh, wie Sie alle wissen, auf diese Entwicklung hingewiesen.

Heute ist schon relativ viel Dank geäußert worden. Dem will ich mich anschließen. Ergänzen will ich ihn um einen herzlichen Dank an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerlei, im Steueramt und in der Stabsstelle für Beteiligungsteuerung, die in den letzten Wochen

im Dauereinsatz waren und wissen, dass das wahrscheinlich auch so weitergehen wird.

Wir haben Ihnen für die heutige Sitzung im Rahmen der haushaltsrechtlichen Unterrichtung über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie aktuelle Zahlen vorgelegt, die Sie unter TOP 7.2.2 finden. Diesen Zahlen können Sie entnehmen, dass die Entwicklung in den letzten Wochen sehr dynamisch war. Während wir Mitte März im Finanzausschuss zwar unsere Befürchtungen berichtet haben, aber noch darauf hingewiesen haben, dass sich diese Befürchtungen nicht in den Zahlen ablesen lassen, ist das inzwischen deutlich der Fall.

Allein im Monat April hat es bei der Gewerbesteuer einen Rückgang um 155 Millionen Euro gegeben. Das sind fast 12 Prozent unseres Gesamtansatzes.

Parallel erreichen uns auch weiterhin Stundungsanträge bezogen auf Steuerverpflichtungen der Vergangenheit. Bezüglich der Gewerbesteuer liegen knapp 1 000 Stundungsanträge mit einem Volumen von insgesamt rund 48 Millionen Euro vor.

Das alles bleibt, wie Sie sich vorstellen können, nicht ohne Folgen für unseren Haushalt, aber natürlich auch für unsere Liquidität. Wir stellen einen deutlich steigenden Liquiditätsbedarf fest, da rückläufige Steuererträge sowie Stundungen von Gebühren, Steuern, Mieten und Pachten auf der einen Seite zu geringeren Einzahlungen führen, während wir auf der anderen Seite parallel höhere Auszahlungen für die Bewältigung der Krise zu stemmen haben.

Wie schon Anfang April angekündigt, verfügen wir - im Übrigen auch in Normalzeiten - über eine sehr engmaschige Liquiditätsplanung, um immer frühzeitig und angemessen reagieren zu können und die jederzeitige finanzielle Handlungsfähigkeit dieser Stadt sicherzustellen.

Deshalb haben wir Ihnen heute - das sei der Vollständigkeit halber an dieser Stelle erwähnt - für den Juni-Sitzungslauf den Entwurf einer Nachtragssatzung zu unserem Doppelhaushalt zugeleitet, mit der die Kreditermächtigung für die Liquiditätssicherungskredite auf 2,8 Milliarden Euro angehoben werden soll. Das heißt konkret, dass wir im Bedarfsfall höhere Kredite aufnehmen können - nicht, dass wir das müssen. Diese Stadt hat eine solide Eigenkapitaldecke, und wir sollten auch weiterhin alles daransetzen, die Kreditverschuldung dieser Stadt und die Belas-

tungen zukünftiger Generationen überschaubar zu halten.

Gleichwohl sind das alles - die Zahlen, die ich Ihnen hier präsentiere - keine schönen Aussichten. Das ist nach der guten Entwicklung der letzten Jahre auch ein bisschen bitter, aber nichts - das will ich hier auch deutlich sagen -, was uns aus der Bahn wirft.

Die Ankündigung der Landesregierung, die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie nach Art einer Bad Bank zu bündeln und diese Lasten ab 2025 über 50 Jahre aufzulösen und erst dann im Haushalt zu erwirtschaften, wird uns auch eine Atempause verschaffen.

So, wie die Planungen derzeit aussehen, würden dadurch aber - das gehört zur Ehrlichkeit dazu - die Belastungen zunächst nur in die Zukunft verschoben werden. Deshalb ist es wichtig - das will ich hier in aller Deutlichkeit betonen -, dass es von Bund und Land auch echte, zusätzliche Entlastungen für die kommunalen Haushalte geben muss,

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

zum Beispiel durch Zuschüsse zur Abfederung coronabedingter Folgen, durch die Aufstockung des Finanzausgleichs in den kommenden Jahren oder durch die aus meiner Sicht überfällige Entlastung im Bereich der maßgeblich durch Bundes- und Landesrecht geprägten sozialen Kosten.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD)

So viel als Einschätzung der derzeitigen Situation in Sachen „finanzielle Folgen der Corona-Pandemie“.

Bei alledem gilt natürlich, meine Damen und Herren, dass wir im Rahmen unserer Kräfte und Möglichkeiten selbstverständlich auch hier vor Ort unsere Verantwortung wahrnehmen. Ich denke auch, dass wir da nicht ganz schlecht aufgestellt sind.

So weit erst einmal von meiner Seite. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Jetzt komme ich zur Rednerliste. Als Erster hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank an Herrn Keller und Frau Diemert für die Berichterstattung.

In der Tat erleben wir Zeiten, die wir uns alle bis vor ein paar Wochen nicht vorstellen konnten. Wir sind jetzt zum zweiten Mal hier auch in einem völlig neuen Rahmen als Rat der Stadt Köln unterwegs.

Ich möchte diese Gelegenheit aber auch, ähnlich wie beim letzten Mal, erst einmal dazu nutzen, Ihnen allen und vor allen Dingen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einmal ganz ausdrücklich für das Engagement der letzten Wochen und jetzt schon bald Monate zu danken.

Genauso danke ich natürlich auch - das darf man nicht vergessen - all den Menschen, die außerhalb der Verwaltung dazu beigetragen haben, das öffentliche Leben funktionieren zu lassen und am Laufen zu halten. In den letzten Wochen und Monaten wäre es anders gelaufen, wenn diese zu Recht als Helden des Alltags bezeichneten Menschen Dienst nach Vorschrift gemacht hätten. Insofern noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön an alle Systemrelevanten, die uns da unterstützt haben!

(Beifall)

Wir haben schon viele Möglichkeiten gehabt, auch im Detail über die Dinge zu sprechen, die in dieser Stadt noch zu tun sind und auch auf der Strecke weiter getan werden. Die Verwaltung hat in den vergangenen Wochen ja eine ganze Menge nach vorne gebracht. Die Politik hat auch viele Impulse geliefert, die dann von der Verwaltung aufgegriffen wurden.

Alle demokratischen Fraktionen haben hier bei der letzten Ratssitzung gemeinsam eine Resolution eingebracht, die ein 45-Millionen-Euro-Hilfspaket vorgesehen hat, das noch einmal als deutliches Signal verstanden werden sollte, dass wir bereit sind, den Menschen, die in dieser Stadt in existenzielle Not geraten, unter die Arme zu greifen, insbesondere dann, wenn Fördertöpfe und Hilfsmaßnahmen von Bund und Land nicht greifen. Das war unsere Philosophie dabei.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch einmal betonen, dass zumindest uns als SPD-Fraktion im Moment noch nicht richtig transparent ist, was im Rahmen dieses 45-Millionen-Euro-Pakets tatsächlich alles passiert ist. Wir haben eine sehr umfangreiche Berichterstattung; das will ich gar nicht kleinreden. Aber uns fehlt der Überblick:

Was ist aus dem Topf des von diesem Rat definierten 45-Millionen-Euro-Pakets tatsächlich geleistet worden?

Wir bitten darum, Frau Oberbürgermeisterin, dass dezernatsübergreifend eine entsprechende Übersicht erstellt wird, die uns diese Transparenz schafft. Darüber würden wir uns freuen; denn auch das ist eine wichtige Grundlage, um mit unseren Partnern, auch politischen Partnern, in Land und Bund genau dort anzusetzen, wo Frau Diemert eben geendet hat, nämlich Unterstützung für ganz bestimmte Maßnahmen zu organisieren. Sie wissen, dass auf Bundes- und Landesebene verschiedenste Fördertöpfe aufgelegt werden.

Deswegen ist das meine wichtigste Bitte. Machen Sie uns bitte transparent, was alles Teil des 45-Millionen-Euro-Pakets ist, damit wir auch den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Rechenschaft ablegen können, was die Politik hier richtigerweise als Rahmen gesetzt hat und wie die Verwaltung diesen Rahmen ausgefüllt hat. Damit können wir, glaube ich, auch einen wesentlichen Beitrag zur Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern leisten.

In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn wir weiterhin partnerschaftlich, aber natürlich auch konstruktiv-kritisch zusammenarbeiten und die Verwaltung unsere Impulse in dem Maße aufnimmt, in dem sie das bisher gemacht hat - in der Hoffnung, dass diese Krise am Ende Köln weiter stärkt und nicht auf dem langen Weg schwächt. Dafür können und sollen wir alle unseren Beitrag leisten. Wir als SPD-Fraktion werden das auf jeden Fall in Verantwortung für diese Stadt weiter tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch die CDU-Fraktion möchte sich explizit bei der Oberbürgermeisterin und bei der Verwaltung, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, für das bedanken, was hier geleistet wird. Don't waste the crisis! Das ist hier absolut gezeigt worden. Die Stadtverwaltung hat die Sache voll im Griff. Und darum geht es. Man fühlt sich sicher; man fühlt sich in der Stadt aufgehoben; allenthalben gibt es geordnete Prozesse.

Vom Stadtdirektor ist jetzt auch das Signal gekommen, dass es ein Stück weit Normalisierung gibt. Das ist natürlich wichtig. Zum Beispiel Normalisierung im Schulbetrieb halte ich für essenziell. Die Pilotversuche und die Ergebnisse aus den Versuchen werden natürlich auch dazu beitragen. Am Ende gilt das - wir haben es heute im Betriebsausschuss Bühnen gehört - natürlich auch für die Bühnen und für alle anderen Bereiche in unserem Leben. Es ist gut, dass die Stadtverwaltung daran arbeitet.

Die Kämmerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die finanzielle Situation uns definitiv überfordern wird. Wir brauchen die Unterstützung von Bund und Land. Diese ist aber zugesagt und wird auch kommen.

Die von der Kämmerin angesprochenen Punkte gilt es jetzt in den nächsten Wochen zu bearbeiten, damit wir diese Krise finanziell tatsächlich auch meistern können. Denn wir haben nicht nur Corona zu bewältigen, sondern auch Straßen zu bauen, Kindergärten zu bauen, Schulen zu bauen und viele andere Aufgaben des Regelbetriebes zu erledigen.

Die aktuelle Stunde hat uns jetzt einen ersten Eindruck gegeben, was seit den Lockerungen passiert ist. Wir sind nach wie vor noch in der Inkubationszeit, seitdem die Lockerungen beschlossen und ausgeführt worden sind, sodass wir das jetzt beobachten müssen.

Deswegen schlagen wir vor, dass die Angelegenheit mit Abschluss der aktuellen Stunde nicht erledigt ist, sondern wir das Ganze zurück an die Verwaltung geben und es so quasi auf Wiederholung bringen, damit wir die Angelegenheit im nächsten Hauptausschuss und bei der nächsten Ratssitzung dann wieder erörtern können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Auch die letzte Ratssitzung begann mit einer aktuellen Stunde zum Thema Corona. Heute sind wir sieben Wochen weiter. Eine lange Wegstrecke liegt hinter uns.

Ich schließe mich gern dem Dank meiner Vorredner an für alles, was in diesen sieben Wochen

in dieser Stadt von der Verwaltung geleistet worden ist, aber auch von den vielen anderen, die ermöglicht haben, dass wir heute sind, wo wir sind.

Glücklicherweise hat sich die Situation in Köln bisher vergleichsweise glimpflich entwickelt. Die Auswirkungen von Corona sind dennoch immens. Wir haben das gerade in den Berichten gehört.

Auch heute spiegeln das viele Vorlagen und Anträge in der Sitzung. Ich bin froh darüber, dass wir heute aber schwerpunktmäßig auch über Lockerungen sprechen können. Ich hoffe, dass es dabei bleibt und wir von einer zweiten Welle verschont bleiben und bisher Erreichtes auch nicht gefährdet wird.

Die Stärke unserer Demokratie zeigt sich jetzt auch darin, dass die Einschränkungen der Freiheitsrechte schrittweise zurückgenommen werden. Das Demonstrationsrecht kann wieder wahrgenommen werden; persönliche Freiheiten können ausgedehnt werden. Auch das finde ich sehr wichtig. Dies zu betonen, halte ich ebenfalls für wichtig.

Ich bin froh darüber, dass im Alltagsleben wieder schrittweise Normalität einkehrt, dass Homeoffice in Richtung Präsenz am Arbeitsplatz gelockert wird und dass sich hoffentlich bald auch ein Ende der Kurzarbeitszeiten abzeichnet. Es gibt wieder Perspektiven. Das brauchen alle. Es gibt Perspektiven - bei allen Einschränkungen und allem Vorläufigen.

Die Stadt verkündet in ihren Pressemitteilungen weitere Schritte in Richtung Normalbetrieb. Auch das ist eine sehr positive Nachricht. Schulen sind geöffnet, ebenso schrittweise die Kindertagesstätten. Kinder können wieder auf Spiel- und Bolzplätze. Besuche in Altenheimen sind wieder möglich, genauso Restaurantöffnungen und vieles mehr - bei allen Einschränkungen, die es gibt.

Das sind wichtige Botschaften für alle, die gerade jetzt bis an die Belastungsgrenzen gehen und gehen müssen. Homeoffice mit Kinderbetreuung, Kinderbetreuung ohne Spielplätze und Großeltern, Kontaktsperrung: Da müssen und mussten alle Beteiligten schon starke Nerven haben.

Für den Weg zurück in die Normalität bedarf es jetzt klarer Exit-Strategien und Botschaften, die der komplexen Situation gerecht werden und die vor allem die Ängste und Unsicherheitsgefühle der Menschen ernst nehmen. Dazu gehören

auch schlüssige wissenschaftsbasierte Konzepte für den weiteren Umgang mit der Corona-Pandemie. Ich denke, dass wir in der Stadt Köln bei dieser Verwaltung auch gut aufgehoben sind, was das angeht.

Und es ist wichtig, Prioritäten zu setzen. Wir müssen vor allem diejenigen in den Blick nehmen, die am stärksten unter der aktuellen Situation leiden, nämlich Kinder, ihre Familien, insbesondere die vielen unter unzumutbaren Mehrbelastungen leidenden Frauen, Alte, Kranke und Menschen mit Behinderungen. Keiner darf auf der Strecke bleiben. Vielmehr gilt es, anzugehen gegen soziale Ungleichheit, die sich in der Krise noch verschärft hat. Auch darüber haben wir vielerorts schon gesprochen.

Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Regelungen und Vorgaben wie die Abstandsregeln auch einhalten zu können, muss sichergestellt werden, dass pandemieresiliente Infrastrukturmaßnahmen auch tatsächlich ergriffen werden.

Auf eine Anfrage wurde gestern im Verkehrsausschuss des Landtags NRW kommuniziert, dass Kommunen tatsächlich die Entscheidungshoheit haben, entsprechende Maßnahmen auch umzusetzen.

Fußgänger und Radfahrer benötigen genügend Platz zur Einhaltung der Abstandsregeln. Die Verwaltung muss dafür sorgen, dass dort, wo das nicht gewährleistet werden kann, entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, zum Beispiel durch das Aufbringen zusätzlicher Fahrradstreifen, die Einbeziehung von Autospuren für Fahrräder oder Sperrungen von Straßen wie samstags der Ehrenstraße, um nur einiges zu nennen. Ich verweise hier auch auf Beschlüsse der einzelnen Bezirksvertretungen zu genau diesem Thema. Denn der Schutz der Menschen ist unabdingbar.

Familien brauchen jetzt echte Unterstützung und Entlastung - und weiterhin so viele und so schnelle Kita- und Schulöffnungen wie möglich. Kinder brauchen ihre sozialen Kontakte und ihr Lernumfeld; denn zum Beispiel durch Unterrichtsausfall werden Ungleichheiten in Bildungserfolgen einseitig zulasten von sozial benachteiligten Kindern zementiert.

Kinder und Jugendliche brauchen Bewegungsmöglichkeiten und Freizeitaktivitäten. Zusätzlicher Raum für Sport und Spiel muss geschaffen werden, zum Beispiel durch flexible Öffnung von Schulhöfen an Wochenenden, temporäre Einrichtung von Spielstraßen oder Ähnliches. Dazu

gehören auch die Ferienfreizeitangebote, die später hier noch Thema werden.

Für Gastronomen müssen die in der BV 1 und im WIA beschlossenen Maßnahmen nun auch direkt umgesetzt werden. Auch für kulturelle Veranstaltungen unter Pandemie-Gesichtspunkten gilt es neue Formate zu entwickeln und zu ermöglichen. Die Reihe ließe sich unendlich fortsetzen.

Erlauben Sie mir zum Schluss einige Worte zu den Demonstrationen gegen die Pandemie-Schutzmaßnahmen, die mittlerweile auch in Köln stattfinden. Wir Grüne blicken mit Sorge darauf, dass Verschwörungsideologen, Impfgegner, Rechtspopulisten, Reichsbürger und Rechtsextreme dort Falschmeldungen und menschenfeindliche Ideologien verbreiten und unsere Gesellschaft immer weiter spalten. Wir haben keinerlei Verständnis für diese Ideologen, für Feinde der Wissenschaft und für Feinde der Demokratie. Menschenverachtende Äußerungen, Gewaltanwendung und Körperverletzung sind nicht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der FDP)

Aufgaben und Herausforderungen gibt es in Zeiten von Corona genug; dies spiegelt sich auch in der heutigen Sitzung. Wir bewältigen sie nur, wenn wir weiterhin solidarisch und gemeinsam in Freiheit und Verantwortung den Alltag gestalten.
- Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Wir Demokraten schließen nicht aus, dass es noch eine zweite Pandemie-Welle geben kann. Darauf wollen wir uns vorbereiten.

Verschwörungstheoretiker und rechtsextreme Kräfte dagegen denunzieren die Demokratie, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und die sozialen Rechte der Menschen.

In all ihrem Handeln hat die Kölner Verwaltung an einem vielleicht kleinen, aber wichtigen Punkt eine richtige Entscheidung getroffen. Als im Maternushaus sich die Menschen infizierten - insgesamt 25 Menschen starben dort - und die Verwaltung eingriff, verfügte sie als Erstes, dass

die Doppelzimmer sofort aufgelöst wurden. Das hat dazu geführt, dass nicht noch Schlimmeres passiert ist.

„Abstand halten“ sagt jetzt auch Minister Laumann, wenn er verfügt, dass die osteuropäischen Arbeiter in den Schlachthöfen aus ihren engen Behausungen in ordentliche Unterkünfte umziehen.

An diesen beiden Beispielen können Sie sehen: „Abstand halten“ kann auch ein soziales Grundrecht werden.

Das, was die Verwaltung in Altenheimen richtig gemacht hat, macht sie aber bei der Unterbringung von Geflüchteten falsch. „Abstand halten“ ist in vielen dieser Einrichtungen nicht möglich.

Leider verharmlosen SPD, CDU, Grüne und FDP dieses Problem.

Soziale und libertäre Demokratie gehören zusammen. Sie bedingen sich.

Der Soziologe Professor Dr. Stephan Lessenich schlägt zu Recht vor, diese beiden Stränge um die ökologische Demokratie zu erweitern. Darüber sollten wir nachdenken - insbesondere deshalb, weil in den nächsten Monaten heftige Verteilungskämpfe stattfinden werden, und zwar nicht nur zwischen Arm und Reich sowie Mittelschichten, sondern auch innerhalb der föderalen Strukturen zwischen Bund, Land und Kommunen und natürlich innerhalb der Europäischen Union.

Deshalb appellieren wir von der LINKEN an die Verwaltung und die Politik: Handeln Sie libertär, sozial und ökologisch. Und - das sage ich sehr deutlich - vergessen Sie nicht die Menschen, die besonders schutzbedürftig sind.

Diese Gruppen von Menschen hatte DIE LINKE in ihrem Fokus. Wir werden in den nächsten Monaten an der Seite der Gewerkschaften und der Beschäftigten stehen, wenn es darum geht, Entlassungen zu verhindern, Kurzarbeitergeld zu verbessern und zu verlängern und die Löhne nicht noch weiter zu senken.

Kommunale Gelder dürfen nicht leichtfertig ausgegeben werden. Köln braucht ein soziales und ökologisches Investitionsprogramm.

In dieser Pandemie haben sich föderale Strukturen weltweit bewährt. Stellen Sie sich vor, in den USA würde Trump uneingeschränkt herrschen und es gäbe keine 50 Bundesstaaten. Unvorstellbar!

Die Kommunen in Deutschland haben in der Pandemie einen ganz wichtigen und entscheidenden Job gemacht. Es wäre jetzt gerecht, wenn die Kommunen in Deutschland endlich eine eigene verfasste Säule in der Demokratie wären. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ja, gut aufgeschrieben, Herr Detjen. Ich mache es mir ein bisschen einfacher. Ich muss sagen: Ich hätte nie gedacht, dass ein frisch gezapftes Kölsch in der neu geöffneten Gastronomie in Köln auch ein Stück Freiheit sein kann - nicht nur für mich; ich glaube, für viele Kölnerinnen und Kölner und auch für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Darum bin ich froh, dass wir dieses Stück Freiheit jetzt haben. Freiheit ist ja gerade für meine Partei immer ein besonderer Begriff. Aber Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten derselben Medaille. Der Verantwortung müssen wir uns auch alle stellen, gerade in diesen Zeiten.

Darum bin ich dankbar dafür, dass auch die Oberbürgermeisterin klare Worte zu diesen Demonstranten gefunden hat, die bei ihrer Demonstration nämlich keine Verantwortung gezeigt haben, wenn sie ohne Mundschutz gegangen sind, auch noch dazu aufgefordert haben, den Mundschutz abzunehmen, und andere angehustet haben - und das Ganze ohne Abstand und auch noch mit Kindern. Das hat mit Freiheit und Verantwortung, den beiden Seiten derselben Medaille, nichts zu tun. So etwas kann man nur strikt ablehnen und kritisieren. Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie das wie auch der Polizeipräsident in dieser Form gemacht haben.

Jetzt geht es ja auch darum, wie wir damit umgehen werden, wenn wir dann einen Impfstoff haben. Ich kann mich noch gut daran erinnern - viele von Ihnen auch -, dass es in meiner Jugend den Werbespruch „Schluckimpfung ist süß, Kinderlähmung ist grausam“ gab, mit dem wir zum Impfen aufgefordert wurden.

Wenn ich heute manche Argumente höre, warum man gegen eine Impfung ist, frage ich mich, ob

man diese Zeiten vergessen hat. Was Kinderlähmung damals bedeutet hat und dass wir sie durch diese Impfung besiegt haben, sollten wir auch einmal in Erinnerung rufen. Heutzutage wird viel Falsches behauptet - da wird der Staat sozusagen missbraucht -, was die Impfung bedeuten würde. Ich glaube, es ist eine wichtige Botschaft, wie wichtig, gerade auch in diesen Zeiten, das Impfen ist.

Ich freue mich, wenn wir endlich einen Impfstoff haben; denn das bedeutet auch ein Stück Freiheit für uns alle, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Was Realität und Vernunft angeht, ist mir aufgefallen, dass wir uns in der Form des Verstandes bedienen, wie Immanuel Kant einmal gesagt hat.

Heute stand im *Kölner Stadt-Anzeiger* ein sehr interessanter Gastbeitrag des Düsseldorfer Oberbürgermeisters mit der Überschrift „Mit mehr Klugheit gegen Corona“. Ich habe mir das aufmerksam durchgelesen und muss sagen, dass es mich auch ein bisschen berührt hat, weil er etwas anspricht, was in der Tat richtig ist. Wir machen das jetzt alles richtig. Aber bei den Kindern und Jugendlichen haben wir zu wenig Wissen.

Wer sich auskennt, dem ist klar - das hat auch die Verwaltung deutlich gemacht -, was es gerade für Kinder und Jugendliche bedeutet, jetzt nicht in Kitas und nicht in Schulen gehen zu können, weil man nicht genau weiß, ob sie Überträger sind und inwieweit sie selber davon betroffen sind.

Wir brauchen mehr Wissen darüber. Darum bin ich Ihnen sehr dankbar, Herr Stadtdirektor, dass Sie das angesprochen haben. Herr Geisel möchte in Düsseldorf ja auch eine repräsentative Studie mit 1 000 Menschen durchführen, weil wir in der Tat mehr Wissen darüber brauchen. Die Studie zu Heinsberg alleine reicht nicht aus. Sie haben gesagt, dass Köln sich an mehreren Studien beteiligen will.

Mir ist das sehr wichtig. Es hat auch etwas mit Vernunft zu tun, dass wir mehr Wissen darüber haben - insbesondere, um auch die Freiheit gerade für Kinder und Jugendliche zu bekommen. Es kann nicht sein, dass die Kitas nur ein paar Tage für die Kinder offen sind. Das hilft weder den Kindern noch den Eltern. Das Gleiche gilt für die Schulen.

Wenn wir da mehr Wissen hätten, wäre das ein Riesenfortschritt. Denn wir müssen, glaube ich,

noch länger mit diesem Virus leben. Da ist Wissen nach meiner Meinung Macht - und diese Macht benötigen wir neben der Vernunft.

Ich hoffe, dass wir es dann mit gemeinsamem Handeln auch hinbekommen, hier weitere Lösungen zu erhalten. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem ersten Lockdown ging der Begriff „neue Normalität“ durch die Bevölkerung oder durch die Medien. Wenn man sich nun in den Geschäften, in der Außengastronomie, in der Bundesliga, die wieder anfängt, oder auch nur im Inneren Grüngürtel umguckt, könnte man fast denken, da wäre etwas wieder annähernd normal.

Große Teile der Kölner Bevölkerung bekommen das aber nicht übereinander. Ihr Leben läuft einfach überhaupt nicht normal. Das sind die schon angesprochenen Familien, aber auch Solo-Selbstständige - die mit einem völlig unzureichenden Programm der Landesregierung im Stich gelassen werden, das ihnen überhaupt nicht hilft, zumindest großen Teilen der Solo-Selbstständigen nicht - und ganz viele andere. Es ist in Klubs nicht normal, es ist auf den Bühnen nicht normal, und es ist in den Kitas und in den Schulen nicht normal.

Meine kurze Redezeit möchte ich auf den Primarbereich verwenden, und zwar auf die ersten drei Klassen in den Grundschulen; zum Teil betrifft das auch die Kitas. Wir haben es dort mit Kindern zu tun, die man nicht alleine zu Hause lassen kann, sondern die betreut werden müssen, ob in der Schule oder im OGS-Bereich oder eben zu Hause. Jetzt sind sie zu Hause. Zwischen Mitte März und Mitte August gehen diese Kinder der Kölner Grundschulen ganze sieben Tage in die Schule - innerhalb von fünf Monaten sieben Tage, nicht mehr. Das ist überhaupt nicht normal. Und das ist eine sehr große Belastung nicht nur für die Kinder, sondern natürlich auch für die Familien, aber genauso für die Lehrer und alle anderen, die damit befasst sind.

Warum ist das so? An dieser Stelle müssen wir auch einmal ganz klar sagen - das geht natürlich auch an uns selbst als Stadt, aber auch an das

Land -: Ein Grund sind tatsächlich die zu großen Klassen. Wir haben zu große Klassen, schon all die ganzen Jahre über. Wenn unsere Klassen deutlich kleiner wären, könnten wir auch in diesen Zeiten wesentlich mehr Kinder beschulen.

Natürlich haben wir auch zu wenige Schulen bzw. zu wenige Schulbauten. Auch das - da müssen wir uns selbst an die Nase fassen - ist ein Grund dafür, dass wir für die Klassen 1 bis 3 nur einen Tag Schule in der Woche anbieten können. Das ist viel zu wenig.

Zu dem Homeschooling und allem, was man darunter versteht: Es stehen eben nicht in allen Familien ausreichend Endgeräte zur Verfügung. In meiner direkten Nachbarschaft - und das ist kein außergewöhnliches Beispiel - leben Alleinerziehende mit zwei oder drei Kindern, die einen einzigen Rechner haben. Diesen Rechner braucht der Vater oder die Mutter für sich selbst. Gleichzeitig hat er oder sie aber zwei oder drei Kinder im Nacken, die auch etwas auf diesem Gerät machen wollen. Es ist also nicht so, wie oft behauptet wird.

Natürlich fehlt es überhaupt an digitaler Kompetenz - nicht nur bei den Kindern, sondern auch bei den Eltern. Sie können zum Teil gar nicht dabei helfen, die Geräte zu bedienen. Auch bei den Lehrern sind wir längst noch nicht so weit, dass diese einen digitalen Unterricht über Distanzen durchführen könnten. Da bestehen also sehr große Defizite.

Auch eigenständiges Lernen ist sehr, sehr unterschiedlich. Manche Kinder lernen das in den Schulen; andere Schulen haben ganz andere Konzepte. Das eine Kind ist so, das andere so. Es ist nicht so, dass Kinder eigenständig zu Hause lernen können - und schon gar nicht, wenn ihre Eltern aus den sogenannten bildungsfernen Schichten stammen. Dann wird es noch einmal schwieriger. Auch hier ist eigentlich, muss man nüchtern sagen, komplettes Versagen zu konstatieren.

Daher bitte ich Sie, Frau Oberbürgermeisterin, unseren Schuldezernenten und alle im Stadtvorstand: Nutzen Sie bitte die Zeit bis zum Schulbeginn, um dort Abhilfe zu schaffen. Es reicht nicht aus, ein, zwei nette Pilotprojekte in der Stadt zu installieren. Wir brauchen einen Schulbeginn für die 1., 2. und 3. Klasse - für die 4. Klasse haben wir das ja nahezu -, aber einen Schulbeginn, der halbwegs den normalen Realitäten entspricht. Noch haben wir das nicht. Es ist vollkommen klar, dass es eine Riesenaufgabe für Sie wird, da

etwas zu entwickeln. Sie haben noch ein bisschen Zeit.

Ich sage das jetzt nicht aus Spaß, sondern weil ich es durchaus ernst meine: Denken Sie auch an Zelte auf den Schulhöfen. Denken Sie an Container. Denken Sie an Unterricht im Freien. Denken Sie an Unterricht vor Ort, zum Beispiel in den städtischen Museen. Warum sollte man nicht einmal pro Woche einen Klassenausflug in ein städtisches Gebäude bzw. eine städtische Kultureinrichtung machen? Denken Sie mit dem Land vielleicht auch darüber nach, eine gewisse Zeit lang samstags Unterricht anzubieten - natürlich in Vereinbarung mit Lehrern, Gewerkschaften und Ähnlichen -, damit wir überhaupt annähernd in die Richtung kommen, wieder einen normalen Unterricht zu gewährleisten.

Zu Frau Diemert und Frau Blome und zu der finanziellen Situation: Wir hatten vor wenigen Tagen ein Gespräch, bei dem es natürlich auch um den finanziellen Haushalt ging. Ich möchte Ihnen gerne anbieten, dass wir von unserer Gruppe tatsächlich auf einen Teil der Mittel, die wir im Haushalt verankern konnten, verzichten.

Hier möchte ich gezielt Frau Blome ansprechen. Wir warten schon seit Langem auf die Lastenradförderung.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Sie ist mit 500 000 Euro für 2020 und 2021 im Haushalt verankert. Wir sind damit einverstanden, dass Sie, der Stadtvorstand, einen Teil dieser Summe für andere Dinge ausgeben, um den sozialen Zusammenhalt in der Stadt mit diesen Mitteln zu stärken. Da denken wir zum Beispiel an die Bürgerzentren. Machen Sie einen Vorschlag. Aber sichern Sie uns im Gegenzug bitte auch zu, dass die Lastenradförderung dieses Jahr kommt. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen in der aktuellen Stunde? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Von Seneca stammt der Satz:

Den guten Steuermann lernt man erst im Sturm kennen, ...

Die Richtigkeit dieser Aussage hat Corona eindrucksvoll bestätigt. Unsere Steuerfrau der Fi-

nanzen, Frau Stadtkämmerin Professor Dr. Diemert, hat, wie wir finden, frühzeitig, entschlossen und richtig gehandelt,

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Auf Ihr Lob kann sie auch verzichten!)

indem sie Ende März die Bewirtschaftungsverfügung erlassen hat und damit einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt geleistet hat.

Gestatten Sie trotzdem drei Anmerkungen von meiner Seite.

Erste Bemerkung: Mir scheint das Corona-Virus die politischen Grundeinstellungen der Deutschen zumindest vorübergehend verändert zu haben. Der Staat erfährt eine ungeahnte Renaissance seines Ansehens, und die Staatsverschuldung verliert im Gegenzug ihren Schrecken. Das Koordinatensystem des durchschnittlichen Deutschen, des durchschnittlichen Kölners scheint sich ein Stück weit nach links verschoben zu haben. Solidarität und Sozialstaatlichkeit rangieren deutlich vor dem Freiheitsgedanken und der Idee der Wettbewerbsgesellschaft. Die neuen Lieblingsworte der Deutschen sind „Abstand“, „Rettungsschirm“ und „Homeoffice“. Zwischen 60 und 80 Prozent der Deutschen finden auch die Einschränkungen der Grundrechte zur Bekämpfung der Corona-Pandemie angemessen und richtig.

Aber, meine Damen und Herren, die Einstellungen der Menschen ändern sich und wandeln sich rasch - rascher, als viele von uns denken. Denn den Menschen wird klar, wie hoch der Preis ist, den sie in Zukunft zu zahlen haben werden.

Was auch immer man von der bereits angesprochenen Demonstration, die kürzlich in Köln stattgefunden hat, halten mag: Ich würde nicht pauschal unterstellen, dass das alles nur Verrückte und Spinner sind.

Ich fand auch Ihre Wortwahl, Frau Oberbürgermeisterin - bei allem Respekt -, nicht angemessen. Sie haben diese Demonstranten pauschal als „Mischpoke“ bezeichnet. Sie wissen vielleicht, dass das ein Begriff ist, den sich auch die Nazis

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

zu eigen gemacht haben, um die Juden zu diskriminieren. Das ist eine Wortwahl, die ich nicht für angemessen halte. Ich kann dazu nur sagen - Sie haben daraufhin ja einen erheblichen Shit-

storm geerntet -: Die Political Correctness frisst ihre eigenen Kinder.

Zweite Bemerkung: Über die finanzielle Seite schien und scheint sich bislang noch niemand so richtig Gedanken zu machen. Ich zitiere Finanzminister Scholz. Er sagt:

„Es gibt keine Grenze nach oben“

Seine Botschaft: Niemand muss Angst haben. Der Staat sorgt für alle.

Meine Damen und Herren, wir sollten aber gewarnt sein. Die Ausgaben- und Hilfsorgien, die jetzt anlaufen, sind die Steuern von morgen. Das gilt gerade auch für Köln.

Die AfD sagt daher: Die Corona-Krise besiegen wir nur mit Selbstverantwortung, nicht mit Sozialismus.

Dritte und letzte Bemerkung: Die Corona-Krise droht zu einem Fest für Lobbyisten zu werden. Alle möglichen Organisationen und Firmen kommen jetzt auf den Staat zu und fordern Unterstützung.

Ich nenne nur ein prominentes Beispiel - auch wenn es keinen Köln-Bezug hat, bringt es doch die Systematik schön auf den Punkt -: Ein DAX-Unternehmen wie Adidas - Eigenwerbung von Adidas: „bei“ uns arbeiten mehr als 100 Nationalitäten - hat in der Krise plötzlich den deutschen Staat entdeckt und mit der KfW einen Kreditrahmen von 2,4 Milliarden Euro vereinbart. Dazu muss man Folgendes wissen: Die Eigentümer von Adidas sind BlackRock, diverse Family Trusts und Trusts von den Cayman Islands. Sie halten sich in der Krise vornehm zurück. Aber der deutsche Staat, also der Steuerzahler, soll jetzt eintreten.

Da müssen wir aufpassen. Wir als AfD fordern, dass bei allen Hilfen gelten muss: nur so viel Staat wie nötig und so viel unternehmerische Freiheit wie möglich. - Danke.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur aktuellen Stunde? - Das ist nicht der Fall.

Dann greife ich das auf, was von Herrn Dr. Elster in Bezug auf den Abschluss der aktuellen Stunde thematisiert wurde - nämlich, dass nach § 5 Abs. 10 Buchstabe b der Geschäftsordnung die

Sache zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen wird. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, und frage: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme einer Schenkung indischer Miniaturmalereien (Sammlung Prof. Dr. Ludwig Habighorst) 0622/2020

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle außer der AfD. - Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist das so beschlossen.

Ich bedanke mich in unser aller Namen sehr bei Herrn Professor Dr. Habighorst für diese Schenkung an das Rautenstrauch-Joest-Museum.

(Beifall)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme einer Schenkung von Fotografien der Künstlerin Walde Huth für das Museum Ludwig 0639/2020

Hier möchte der Schenker nicht genannt werden.

Trotzdem bitte ich Sie natürlich, die Schenkung anzunehmen, und dafür um Ihr Handzeichen. - Das sind alle außer der AfD und Rot-Weiß. Enthält sich jemand? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Damit ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich bei dem großzügigen Schenker.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

2.3 Annahme einer Schenkung des Kunstwerkes Untitled, 2017 von Wade Guyton für das Museum Ludwig 1025/2020

Der Künstler selbst möchte uns dieses Kunstwerk schenken.

Ich würde gerne darüber abstimmen lassen. Auch hier bitte ich um Ihr Handzeichen, wenn Sie diese Schenkung annehmen möchten. - Das ist der Fall, mit Ausnahme der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist die Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr bei Wade Guyton.

(Beifall)

Jetzt kommen wir zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ich möchte Sie daran erinnern, bei Ihren Wortbeiträgen zu den Anträgen bitte auf die vereinbarte Redezeit zu achten. Das ist sicherlich schwieriger als dann, wenn man die Uhr vor sich hat. Ich denke aber, dass wir nicht unbedingt noch einführen müssen, hier eine große Uhr laufen zu lassen. Man kann es auch übertreiben. Insofern bitte ich Sie einfach, sich kurzzufassen.

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte“ AN/0538/2020

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0606/2020**

Hier hat als Erster Herr Dr. Schoser das Wort.

Dr. Martin Schoser (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir als CDU-Fraktion verfolgen mit Hochdruck das Ziel, sowohl den Schulneubau als auch die Generalinstandsetzung von Bestandsgebäuden zu beschleunigen.

Vor drei Jahren, im April 2017, haben wir hier im Rat das 1. General-/Totalunternehmer-Maßnahmenpaket beschlossen, im Folgenden immer nur GU/TU-Paket genannt. Dieses Paket haben wir im Juli 2019 erweitert. Es umfasst jetzt 22 Maßnahmen, nämlich 16 Schulbaumaßnahmen und sechs Interimsbauten an elf Standorten, die an General- und Totalunternehmer übergeben worden sind, um so deutlich schneller zu bauen.

Dabei handelt es sich sowohl um Neu- als auch um Erweiterungsbauten sowie um Sanierungsmaßnahmen bestehender Schulen, und zwar über alle Schultypen hinweg.

Unser Ziel ist es, dies in dem Fünfjahreszeitraum zu realisieren, also bereits zum Schuljahr 2022/2023.

Dieses 1. Maßnahmenpaket zeigt schon erste sichtbare Erfolge. Zum Beispiel: Auf dem Sürther Feld sind jetzt die Bagger für den Neubau der Ernst-Moritz-Armdt-Grundschule im Einsatz. Beim Hildegard-von-Bingen-Gymnasium wächst der Erweiterungsbau in die Höhe. Bei der Förderschule auf dem Sandberg steht der Start der Bauarbeiten für diesen Monat auf dem Plan. Bei der Gesamtschule Frankstraße geht es nach den Sommerferien los.

Ich selber nehme an der begleitenden politischen Kommission GU/TU teil, in der wir regelmäßig zusammen mit dem Leitungsteam den Fortgang begutachten. Mit Stand heute befinden wir uns nicht nur bei den gerade genannten, sondern bei nahezu allen Projekten im zeitlichen Rahmen.

Ich finde es wirklich beeindruckend, wie in diesem komprimierten Rahmen und mit der begrenzten Personalressource ein solches Projektvolumen - immerhin über eine halbe Milliarde Euro - umgesetzt wird.

Es zeigt sich auch, dass die Zeitersparnis gegenüber einer gewerkeweisen Vergabe im GU-Bereich drei Jahre und im TU-Bereich fünf Jahre beträgt.

Aus unserer Sicht ist das eines der Erfolgsprojekte dieser Wahlperiode.

Aufgrund dieser Erfahrungen möchten wir heute analog zu 2017 ein 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte auf den Weg bringen. Damit es zügig geht, erwarten wir die Vorlage schon zur nächsten Ratssitzung am 18. Juni 2020, also noch vor der Sommerpause. Sie soll auch konkrete Maßnahmen enthalten, die darin berücksichtigt werden.

Wir fordern als Auswahlkriterium hier wieder die Schaffung von zusätzlichen Plätzen, aber auch die Verhinderung eines Wegfalls von bestehenden Plätzen durch Sanierung und Bestandssicherung, also ein ausgewogenes Paket mit einem Mix.

Um die Planungszeiten noch weiter zu verkürzen, möchten wir, dass geprüft wird, ob eine mehrfache Verwendung vorhandener Planungs-

und Ausschreibungsunterlagen möglich ist. Wir möchten auch geprüft haben, ob am Markt erprobte Leistungsverzeichnisse für weitere erforderliche Maßnahmen ein geeignetes Mittel sind, um die Prozesszeiten noch stärker zu verkürzen und den Schulbau damit weiter zu beschleunigen.

Das ist unser Credo als Antragsteller: Zeiten verkürzen und weiter beschleunigen, um auf den prognostizierten Mehrbedarf an Schulplätzen zu reagieren. Wir sind davon überzeugt, dass dieses 2. Paket, das CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Ratsgruppe GUT heute beantragen, dazu beitragen wird, und bitten um Zustimmung.

Ganz kurz möchte ich noch auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE eingehen, der uns aus unserer Sicht nicht weiterbringt.

Die im Punkt 3 genannten Personalmaßnahmen führt die Gebäudewirtschaft schon durch. Das wurde im Betriebsausschuss auch sehr ausführlich dargelegt.

Zu dem Hinweis, in eigener Regie zu bauen, ist Folgendes zu sagen: Ohne externe Fachplaner und Projektsteuerer wird es nicht gehen.

Ob das, was Sie zu dem Thema Ausschreibungen vorschlagen, vergaberechtlich möglich ist, weiß ich nicht. Aber wir haben schon jetzt einen beschränkten Bietermarkt. Zum Teil haben wir - Herr Kockerbeck, Sie sind ja auch in der politischen Kommission - dann nur einen Bieter gehabt. Insofern müssen wir wirklich schauen, ob uns das weiterführt. Das glaube ich nicht.

Besonders schade finde ich den Tenor, der aus dem Antrag ein bisschen hervorkommt, nämlich eine gewisse Unzufriedenheit mit der Gebäudewirtschaft. Das kann ich nun gar nicht verstehen. Gerade im Bereich der Großbauten Schulen sind die Bauleistungen der Gebäudewirtschaft von 176 Millionen Euro in 2019 auf 274 Millionen Euro in 2020 gestiegen, also um knapp 100 Millionen Euro und damit um 55 Prozent. Die Gebäudewirtschaft hat neue Aufgaben dazubekommen, weil sie Erfahrungen hat und weil wir Vertrauen in sie bekommen. Der Bereich Kulturbauten wird jetzt von dort betreut. Sie ist auch strategisch neu aufgestellt. Eigens für den Schulbau ist eine eigene Abteilung dazugekommen.

Deswegen lehnen wir den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Laufenberg das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Freien Demokraten begrüßen den Vorstoß, den wir hier gemeinsam unternehmen, im Juni dieses Jahres ein 2. Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, sehr.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir hier schon viel weiter sein könnten. Denn die Freien Demokraten haben jahrelang darauf gepocht, dass Total- und Generalunternehmer die Aufgaben des Schulbaus übernehmen, die wir als Gebäudewirtschaft ja nicht stemmen können.

(Pfeifgeräusche aus den Lautsprechern)

- Ich mache trotz des Piepens weiter. - Wir haben lange darauf gedrängt und freuen uns sehr darüber, dass nun endlich auch dieser Rat zur Vernunft gekommen ist.

Mit dem 1. Maßnahmenpaket - der Kollege hat es dargestellt - haben wir gute Erfolge verzeichnet.

Wie gesagt, hätten wir heute schon das 5. oder 6. Maßnahmenpaket verabschieden können. Das ist der kleine Wermutstropfen, den wir als Freie Demokraten hier ansprechen müssen. Denn wir haben im Kita-Bereich schon seit über zehn Jahren hervorragend mit dem Investorenmodell arbeiten können.

Leider sind die LINKEN immer noch nicht so weit. Die LINKEN haben es noch nicht begriffen und machen auch heute mit ihrem Änderungsantrag wieder deutlich, dass sie der Meinung sind, dass wir mit unserer Gebäudewirtschaft in der Stadt Köln besser bauen können, obwohl sogar der RPA-Bericht dargelegt hat, dass wir das leider nicht können.

Dementsprechend freut es uns sehr, dass wir heute hier das 2. Maßnahmenpaket in Auftrag geben. Ich hoffe, dass wir dann noch schneller bauen können. Wir sollten nicht den LINKEN folgen und damit wieder Verlangsamungen im Schulbau verursachen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte, die erschwerte Kommunikation zu entschuldigen. - Jetzt scheint das Pfeifen abgestellt zu sein. - Herr Philippi hat das Wort.

(Zuruf: Was ist mit den LINKEN?)

- Die LINKEN sind Steller des Änderungsantrages. Darum bitte ich, diese Reihenfolge umzusetzen.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ende 2019 haben wir gemeinsam die Aktualisierung der Prioritätenliste der Schulbaumaßnahmen beschlossen. Im Kontext der entsprechenden Vorlage ist uns auch dieses 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte angekündigt worden.

Natürlich kann man über den Zeitpunkt und die Vorgehensweise der Antragsteller ein klein wenig die Stirn runzeln. Heute haben wir den 14. Mai 2020. Die nächste Ratssitzung findet in fünf Wochen statt. Selbst bei der geballten Kompetenz des Baudezernenten ist nicht zu erwarten, dass er in fünf Wochen das Ganze von null auf hundert bringt. Er wird natürlich schon etwas entwickelt haben, was sicherlich gut ist. Das hätte er, glaube ich, auch ohne die politische Flankierung, die wir gleich beschließen wollen, als Beschlussvorlage hingekriegt.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass wir als SPD-Fraktion in der März-Sitzung des Schulausschusses einen Antrag gestellt hatten, der in die gleiche Richtung zielte. In diesem Antrag ging es um die Identifizierung und Reservierung von Grundstücken für den Schulbau. Damals ist unser Dringlichkeitsantrag mit der Begründung abgelehnt worden, die Verwaltung arbeite ja daran. Und jetzt bekommen wir hier die andere Seite der Medaille so präsentiert.

Aber im Kern ist der vorliegende Antrag von Jamaika genau das, was wir auch in unserem Fachantrag gefordert haben und wollten. Daher ist er für uns zustimmungsfähig. Was den Schulbau angeht, sind wir über High Noon hinaus. Wir als SPD-Fraktion gehen fest davon aus, dass wir dann im Juni dieses Jahres eine Vorlage bekommen, mit der möglichst viele neue Schulplätze möglichst schnell gebaut werden können.

Zum Änderungsantrag der LINKEN hat Herr Dr. Schoser eigentlich schon alles gesagt. Wir als SPD-Fraktion stimmen also dem Ursprungsantrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort zur Begründung des Änderungsantrages.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie Franz Philippi schon dargestellt hat, ist dieser Antrag ein Wahlkampf Antrag. Der Rat hätte das auch im Juni 2020 als Verwaltungsvorlage beschließen können. Aber gut; sprechen wir über den Inhalt.

Der Rat in Köln und die Verwaltung konnten in den letzten Jahren ihrer Pflichtaufgabe bei Schulbau und Schulsanierung nicht mehr vollständig nachkommen und tun es bis heute nicht. Daraus zieht die regierende Ratsmehrheit aber nicht die Schlussfolgerung, dass nun umgesteuert werden muss und die Bauverwaltung mit energischen Maßnahmen wieder in die Lage versetzt werden muss, ihren Aufgaben im ganzen Umfang nachzukommen.

Über viele Jahre wurde die städtische Bauabteilung - ehemals das Hochbauamt, ungefähr ab dem Jahr 2000 die Gebäudewirtschaft - nicht genügend finanziell und personell ausgestattet. Gespart wurde bei ihr wie in allen öffentlichen Bereichen, seien es Schulen, Kitas oder Krankenhäuser.

Köln ist da in der Bundesrepublik im Übrigen kein Einzelfall. Seit Jahrzehnten wird in den kommunalen Bauverwaltungen gespart und Personal abgebaut.

Diese Situation haben wir heute vor uns. Es ist also nicht so, dass diese Maßnahmenpakete jetzt unendlich groß und verdienstvoll wären. Vielmehr sind sie die Folge einer Politik vieler Jahre, die von den jeweils regierenden Parteien in einer Reihe von Kommunen getätigt wurde.

Deshalb finde ich es auch unverantwortlich, hier in einer solchen Weise von der Gebäudewirtschaft zu sprechen, wie Sie das gemacht haben, Frau Laufenberg. Man sollte schon zu den Folgen der eigenen Politik stehen, und man sollte auch die städtische Bauabteilung fair behandeln und sorgfältig mit ihr umgehen.

Als Folge der personellen Auszehrung können öffentliche Ämter und Einrichtungen ihrer gesetzlichen Aufgabe nur noch eingeschränkt nachkommen. Das spüren wir überall.

Der Investitionsstau, der sich in der Bundesrepublik bei der Schulinfrastruktur herausgebildet hat, ist nachgewiesen. Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt ihn für 2018 auf fast 50 Milliarden Euro. Ein Gutachten im Auftrag der Kämmererei hat 2017 ebenfalls diese Investitionslücke dargestellt.

Die gegenwärtige Strategie des Bauens in Köln ist also weder effektiv noch wirtschaftlich. Jährlich vergibt die Stadt Köln Gutachten, Planungen und ähnliche Leistungen für rund 30 Millionen Euro an private Firmen. Eine Erledigung mit städtischem Fachpersonal würde je nach Bereich bis zu 40 Prozent günstiger ausfallen. Denn die privaten Firmen wollen natürlich zusätzlich zu ihren Arbeitskosten noch einen Gewinn realisieren.

Genauso sieht das auch bei den an Baukonzernen vergebenen Maßnahmenpaketen aus.

Deshalb schlagen wir beispielsweise vor, dass nicht nur große Konzerne der Bauindustrie von den Maßnahmenpaketen der Stadt Köln profitieren, sondern auch die regionale, mittelständische Wirtschaft und das Handwerk, dass also 50 Prozent der Handwerkerleistungen an Kölner Handwerksbetriebe vergeben werden müssen.

Wie effektiv ist die Baustrategie eigentlich? Wir sehen es jetzt wieder. Gestern wurden die Zahlen der Schulverwaltung zum Anmeldeverfahren veröffentlicht. 38 Prozent der Eltern, die ihr Kind an einer weiterführenden Schule anmelden wollten, haben das in diesem Jahr an einer Gesamtschule getan. Nur für rund 27 Prozent war ein Platz vorhanden. Das heißt: Über mehr als zehn Jahre hinweg haben 10 000 Kinder in Köln keinen Platz an einer Gesamtschule bekommen.

Wenn man sich die Zahlen in den Stadtbezirken anschaut, sieht man, dass in Ehrenfeld 49,5 Prozent der Anmeldungen an Gesamtschulen nicht realisiert wurden, in Nippes sogar 57 Prozent, in Kalk 44 Prozent und in der Innenstadt 42 Prozent.

Diese Baustrategie sollte also überprüft werden. Wir sind für einen deutlichen Kurswechsel. Deshalb schlagen wir vor, wieder eine öffentliche Bauverwaltung, die für alle Leistungsphasen großer Bauprojekte leistungsfähig ist, aufzubauen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.
- Das sind die LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Nein. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Kölner Stadtteile auch digital stärken - Digitale Veedel mit vielfältigen Angeboten und Services entwickeln“
AN/0524/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0605/2020

Als Erstem gebe ich Herrn Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Digitale Veedel entwickeln: Ja, es ist fast unglaublich, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, aber genauso, wie wir uns vielleicht verändert haben. Fast unglaublich ist auch, wie viele durch Einschränkungen gezwungenermaßen „digital“ gelernt haben: Video- und Telefonkonferenzen, Homeschooling und ganz vieles mehr, was ich hier nicht aufzählen will.

Mindestens fast genauso unglaublich ist ein bewundernswertes Netz von Nachbarschaftsinitiativen und Hilfsangeboten für Bedürftige und Risikogruppen, aber auch für Kölner Betriebe.

Die Krise ist Herausforderung und Chance zugleich:

- Herausforderung, weil wir vielleicht vor einer der tiefsten Rezessionen stehen, weil Millionen von Menschen um ihren Arbeitsplatz bangen, weil wir nicht wollen, dass unser vielfältiges Angebot vor Ort im Veedel verloren geht - der Lieblings-Italiener, die kleine Boutique, die lokale Buchhändlerin und viele, viele andere vor Ort -, weil private Initiativen allein nicht die Rettung sein können und wir als Stadt hier in der Pflicht stehen

- aber auch Chance, weil wir jetzt vielleicht begreifen, wie wichtig auch nach Beendigung von

Kontaktsperrern digitale Formate des Austauschs sind, weil wir nun erkennen, dass „Veedelsretter“, „Südstadt-Shopping“, „Schenk Lokal“ oder das Projekt „Kölner Veedel als lokaler Leuchtturm“ eine fantastische Vorarbeit geleistet haben, weil wir jetzt aber auch begreifen, dass der Satz „Daten sind das Gold der Zukunft“ kein hohler Spruch ist, sondern wir mühsam und Schritt für Schritt unser Datengold zurückholen müssen

Ich will das einmal kurz zusammenfassen, um den ganzheitlichen Charakter der Idee „Digitale Veedel“ klarer zu machen - angefangen von lokaler Wirtschaft über Vereine und Initiativen bis hin zu jedem Einzelnen vor Ort in den Veedeln.

Mehrere Ansätze können und sollten auf einer stadtweiten Plattform zentral zusammengefasst werden. Ich nenne hier nur einmal drei Beispiele.

Erstens. Die Angebote wie „Veedelsretter“, „Südstadt-Shopping“, „Schenk Lokal“ oder das Projekt „Kölner Veedel als lokaler Leuchtturm“ können wir jetzt zusammenführen.

Zweitens. Warum nicht ein zukunftsweisendes kölsches Amazon für unsere Einzelhändlerinnen und Einzelhändler vor Ort auf den Weg bringen, über ein intelligentes System organisiert, damit Waren, die schon hier in Köln vor Ort, in Ehrenfeld oder Chorweiler, vorgehalten werden, genommen werden, anstatt erst über globale Handelsplattformen hierhin gekarrt werden zu müssen?

Drittens. Unsere Veedel sind mehr als kompetente Einzelhändler und die Lieblings-Kneipe um die Ecke. Unsere Veedel leben auch von den vielen Vereinen, Kulturinstitutionen, aktiven Kirchengemeinden und diskussionsfreudigen Gruppen vor Ort. Wir stellen uns auch vor, auf dieser Plattform diese vielfältigen Angebote zu bündeln und Möglichkeiten für Diskussionen und Mitwirkung auch für jede Kölnerin und jeden Kölner zu bieten.

Zum Ende: Natürlich ist das noch nicht der Weisheit letzter Schluss. Ein solches System ist erst der Anfang und lebt von Erfahrung, Engagement und Veränderung. Dafür gilt es aber, einen Start zu machen. Wir würden uns freuen, dies gemeinsam mit Ihnen heute auf den Weg zu bringen.

Den FDP-Antrag finden wir übrigens sehr gut, weil er sehr sinnvolle Ergänzungen mit einbringt, sodass wir ihn an dieser Stelle auch unterstützen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Und bleiben Sie gesund!

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Frank das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Antrag natürlich auch lesen können. Er ist aus unserer Sicht noch eine etwas zu wenig strukturierte Ideensammlung von kleinteiligen Aktivitäten für den lokalen Einzelhandel. Wir vermuten, dass er als Brainstorming im Rahmen der diversen Videokonferenzen, die jetzt ja gerne durchgeführt werden, entstanden ist.

Wir sehen es allerdings so, dass dieses Thema von grundsätzlichem Interesse ist, und zwar weniger hinsichtlich der Corona-Krise, sondern mehr, um den lokalen Einzelhandel zu sichern, auch in Konkurrenz zu Onlineplattformen.

Dafür, diese Dinge im Einzelnen besprechen zu können, inklusive der Vorschläge der FDP, ist aber der Fachausschuss, nämlich der Wirtschaftsausschuss, der richtige Ort. Deshalb beantragen wir den Verweis des Antrags und des Änderungsantrags in den nächsten Wirtschaftsausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer sich die Seite „Veedelsretter“ angeschaut hat, wird festgestellt haben, dass sie sehr gut gelungen ist und mit Sicherheit bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut ankommt.

Der SPD-Antrag ist ein gut gemeinter Versuch, den spontan entstandenen Solidarstrukturen im Veedel ein Dach zu geben und diese auf Dauer zu stellen.

Aber wie sehen die Realitäten und Bedürfnisse aus? In den Veedeln ist die Zusammenarbeit zwischen den inhabergeführten Händlern unterschiedlich weit entwickelt. Mit den sozialen Trägern gibt es sie kaum. Da wird der zweite Schritt vor dem ersten getan.

Diese Zusammenarbeit muss sich doch erst entwickeln. Das geschieht im besten Fall von unten nach oben. Deshalb ist es nicht der richti-

ge Weg, den Menschen die Verwaltung und die Wirtschaftsförderung vor die Nase zu setzen. Richtiger ist ein Ansatz, mit dem die bestehenden Strukturen gestärkt werden; denn natürlich gibt es auch Ansätze der Zusammenarbeit.

Für uns als LINKE stellt sich auch die Frage: Was passiert in den geförderten Sozialräumen, wenn aufgrund der Corona-Pandemie möglicherweise Strukturen wegbrechen? Dem müssen wir entgegensteuern. Da müssen wir strategisch vorgehen.

Die Stärkung der Strukturen sollte auch ohne eine festgeschriebene Dominanz von Einzelhändlern im Stadtteil, IHK und KölnBusiness GmbH eigenständig angegangen werden.

Alternativ wäre es möglich, über Quartiersmanager, Bürgerzentren und Ähnliches ein gemeinsames Dach aufzubauen, unter dem auch der Einzelhandel seinen Platz finden könnte. Fraglich ist, ob ein zentraler stadtweiter Ansatz wirklich Sinn macht. Schließlich gibt es gegebenenfalls unterschiedliche Entwicklungen in den Stadtteilen. Auch stellt sich die Frage: Würde er für diese nicht neue bürokratische Hürden bedeuten?

Vertreter der Gewerkschaften, der Sozialverbände, der Kirchen und der Zivilgesellschaft fehlen oder werden nur als „weitere relevante Player“ angedeutet. Dabei sind für die Verstärkung der Sozialstrukturen besonders diese Akteure von sehr großer Relevanz. Die soziale Infrastruktur ist mit den Trägern weiterzuentwickeln und ist keine Frage der Wirtschaftsförderung.

Wenn man zu dem gemeinsamen Warenwirtschaftssystem kommt, wird es richtig wild. Denn dies ist ja kaum umsetzbar. Hier geht es um branchenspezifische Lösungen und die technischen Schwierigkeiten. Kaufhof hat 15 Jahre gebraucht, um überhaupt ein Warenwirtschaftssystem aufzubauen.

Die LINKE kann daher diesem Antrag grundsätzlich nicht so viel abgewinnen, dass wir ihm zustimmen würden. Ein Verweis in den Wirtschaftsausschuss macht hier aber sehr viel Sinn. Das möchten wir daher auch beantragen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben momentan die Kernschmelze der deutschen Wirtschaft. Wir erleben momentan die Kernschmelze der Kölner Wirtschaft in den Veedeln. Sie können mir glauben: Ich habe in den letzten Wochen mit ganz vielen Geschäftsführern, Inhabern und Gastronomen gesprochen, die nicht mehr sprechen konnten, weil sie ins Nichts schauen.

Die Lage ist absolut dramatisch. Das wurde auch schon in der aktuellen Stunde erwähnt. Deswegen bedarf es nach Auffassung unserer Fraktion gemeinsamer Abstimmungen und vereinter Anstrengungen, um hier in den Veedeln und in Köln den Strukturwandel, der ohnehin ansteht, zu befeuern.

Wir bedauern ausdrücklich, dass es nicht gelungen ist, im Vorfeld eine gemeinsame Initiative in diesen Antrag münden zu lassen. Wir bedauern außerordentlich, dass es auch nicht gelungen ist, im Nachhinein hieraus eine gemeinsame Initiative zu schaffen.

Deswegen sind wir sehr bemüht, hier aus dem Plenum mit allen Fraktionen dieses Ziel, das im SPD-Antrag pauschal vorgegeben ist, umzusetzen.

Sollte es dazu kommen, Herr Kollege Frank, dass wir diesen Antrag am Ende der Diskussion in den Wirtschaftsausschuss verweisen, darf ich daran erinnern, dass - ich habe gerade nachgeschaut - der nächste Wirtschaftsausschuss am 20. August 2020 stattfindet. - Ihrem Kopfschütteln entnehme ich, dass Sie als Vorsitzender eine kurzfristige Sondersitzung einberufen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dafür ist jetzt Herr van Geffen zuständig!)

- Stimmt; Sie sind der ehemalige Vorsitzende. Sehen Sie mir das bitte nach, Herr Kollege Frank. Es tut mir schrecklich leid.

Ich muss hier aber natürlich darauf bestehen, Herr Kollege van Geffen, dass wir, wenn es zur Verweisung kommt, nicht erst am 20. August über diesen Antrag im Wirtschaftsausschuss befinden. Denn dann machen wir uns lächerlich.

Insofern möchte ich, bevor wir über die Verweisung entscheiden, ein klares Statement haben, ob es zu einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses kommt.

Meine Fraktion wäre bereit, den Weg in die Sondersitzung mitzugehen - unter zwei Bedingungen: Erstens. Es wird versucht, einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen zu zimmern. Zweitens. Diese Sondersitzung sollte möglichst noch in diesem Monat stattfinden.

Ansonsten verspielt dieser Rat jegliche Glaubwürdigkeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe hier große Übereinstimmung. Aber Herr van Geffen könnte ja vielleicht einmal nicken.

Jörg van Geffen (SPD): Ich hatte eben schon deutlich genickt und mich auch gemeldet. - Es ist in der Tat so, dass wir eine Sondersitzung durchführen werden. Ein Termin ist noch nicht festgesetzt. Es wird aber einen Termin im nächsten Sitzungslauf geben. Im ursprünglichen Sitzungslauf wurde der Wirtschaftsausschuss leider nicht berücksichtigt. Das habe ich damals kritisiert - leider ohne Wirkung. Aber als Vorsitzender habe ich ja das Recht, eine Sitzung einzuberufen. Das habe ich mit den Kollegen Sprechern auch schon abgestimmt. Wegen des Termins müssen wir noch schauen. Aber auf jeden Fall wird es eine Sitzung geben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Grünen, dem sich die LINKE angeschlossen hat, auf Verweisung in den Wirtschaftsausschuss abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der SPD-Fraktion. Unter dem Aspekt, dass es eine Sondersitzung geben wird?

(Christian Joisten [SPD]: Wir wollten heute entscheiden!)

- Gut. - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist die Verweisung in den Wirtschaftsausschuss beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach betreffend „Schaffung eines Kölner Klimarates“ AN/0530/2020

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und von RM Gerlach AN/0607/2020

Ich gebe Herrn Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Anwesende! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! So, so: Sie haben mit dem Umweltdezernenten Dr. Rau einen geheimen Klimarat gebildet -

(Lachen bei der FDP - Ulrich Breite
[FDP]: Küchenkabinett!)

klammheimlich, am Rat und seinen Ausschüssen vorbei.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Manchmal führen wir Ihre Beschlüsse heimlich aus.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Darf ich ausreden, Frau Oberbürgermeisterin?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Selbstverständlich.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Nachdem wir dann unseren Antrag für die Schaffung eines Klimarates am 4. Mai 2020 eingebracht hatten, haben Sie noch schnell eine Mitteilung in den Gesundheitsausschuss geschoben, wo Sie Ihren Geheimrat offenbarten.

Da werden dann Verbände und Firmen genannt, aber nicht die Personen, Frau Oberbürgermeisterin, die Sie nach der Mitteilung „benannt“ haben sollen. Die kann man in der Vorlage nicht finden. Wieder ein Stück Intransparenz!

Sie begründen diesen Klimarat mit dem Klimanotstand, den Sie uns in einer Verwaltungsvorlage im Juni letzten Jahres vorgeschlagen hatten. Diese Vorlage haben wir wohlwollend beschlossen - ohne einen Klimarat.

Warum haben Sie das mit dem Klimarat nicht genauso gemacht wie mit der Vorlage zum Klimanotstand? Die Frage ist also: Warum sind die Ausschüsse und der Rat nicht einbezogen worden?

Wenn die Grünen nun scheinheilig behaupten, sie hätten davon auch nichts gewusst,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

frage ich Sie: Stimmt das tatsächlich? Schließlich hört man, dass ein ehemaliger Spitzengrüner aus NRW im Beirat vertreten sein soll.

LINKE, SPD und Frau Gerlach haben nunmehr einen Änderungsantrag gestellt, um gemeinsam auf Augenhöhe einen gesichtswahrenden Kompromiss zu finden, und schlagen Ihnen vor, den bestehenden Klimarat zu erweitern und transparent zu machen.

Uns als LINKEN geht es auch darum, dass die Kölner Umweltgruppen in dem Beirat vertreten sind. Wir hatten seit Februar einen tollen Dialog mit diesen Gruppen. Sie haben uns deutlich gemacht, dass wir einen Klimarat mit Experten bilden müssen, die mit allen Akteuren gleichberechtigt agieren und Entscheidungsprozesse in Gang setzen.

Dazu kommt, dass die bisherige Zusammensetzung des Klimarates relativ wichtige Akteure der Stadtgesellschaft nicht widerspiegelt; ich möchte das nicht im Einzelnen darlegen. Deswegen sind wir der Meinung, dass wir dringenden Korrekturbedarf haben.

Wenn Sie von den Grünen diesen Antrag nun ablehnen oder in einen Ausschuss verweisen, sieht man wieder einmal, dass Sie keinen Mumm haben, bei falschen Entscheidungen der Verwaltung korrigierend einzugreifen. Sie hecheln hinterher.

Das ist schade. Denn wir haben Ihnen einen Ausweg vorgeschlagen, um zu einem gemeinsamen Kompromiss in Sachen Klimarat zu kommen, der selbstverständlich sinnvoll ist. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Detjen. Die Mitteilung, auf die Sie anspielen, wird ja unter anderem im nächsten Umweltausschuss beraten.

Daher beantrage ich, diesen Antrag inklusive Ihres eigenen Änderungsantrags an den eigenen Rat zum Klimarat, bei dem Sie selber nicht wissen, ob es ein Rat oder ein Beirat sein soll, ebenfalls in den Umweltausschuss zu verweisen, damit wir dort die ganze Sache dann auch aufdröseln können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war ein Verweisungsantrag, über den wir dann, wenn es noch gegen - - Frau Gerlach als Antragstellerin meldet sich. Ich hatte diesen Verweisungsantrag jetzt als Geschäftsordnungsantrag gewertet. Aber gerne auch noch Frau Gerlach als Antragstellerin.

Lisa Hanna Gerlach (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Anwesende! Es ist großartig, dass ein Klimarat gegründet wird. Aber es hätte viel besser laufen können. Es hätte ein Ruhmesblatt für die Stadtbevölkerung werden können. Stattdessen lief es relativ intransparent. Dafür gibt es, glaube ich, auch Gründe.

Ich zitiere aus der Mitteilung der Verwaltung:

Der Klimarat Köln ... soll eine Strategie zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 mit Zwischenziel zur Minderung der Treibhausgasemission bis 2030 für die Stadt Köln erarbeiten.

Wollen Sie damit wirklich in den Wahlkampf gehen? Das geht eigentlich gar nicht. Wir brauchen hier ein sachgerechtes Commitment. Inzwischen wissen wir alle, dass die Erderwärmung sehr viel schneller voranschreitet, als wir erwartet haben.

Absehbar ist, dass der Klimarat der Dringlichkeit der Klimakrise und den anzustrebenden Reduktionszielen so nicht gerecht werden kann. Die genannten Reduktionsziele reichen bei Weitem nicht aus, um aus Köln einen angemessenen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu leisten.

Alle hier sollten es inzwischen wissen: Wir haben noch knapp zehn Jahre Zeit, um auf null zu kommen. Das ist 2030, nicht 2050. Und es wäre auch machbar. Das kann nicht nur Düsseldorf. Anderswo in Europa schaffen es sogar ganze Länder, zum Beispiel Dänemark.

Ich wünsche mir nun ein ehrliches Bekenntnis der Kölner Politik und der Verwaltung, dass wir das hier auch auf die Kette kriegen oder wenigstens ernsthaft anstreben, und dass sich das dann auch so liest.

Weiterhin lese ich in der Mitteilung der Verwaltung:

Hierfür ist die Mitwirkung der Akteure aus den Sektoren erforderlich, die einen Einfluss auf die Emission von Treibhausgasen haben: Energie, Gebäude, Mobilität/Logistik, Industrie, Ernährung/Landwirtschaft/Konsum.

Der wesentlichste Einfluss auf die Emission von Treibhausgasen in der Stadt Köln wird leider nicht genannt. Das ist die Bildung.

Und es sind die Bürgerinnen und Bürger. Was war mit den 70 000, die im letzten September durch Köln zogen? Wo finden sich diejenigen wieder, die für die Ausrufung des Klimanotstandes im letzten Jahr auf die Straße gingen und Köln zu den größten Demos verhalfen, an die ich mich erinnern kann? Um nur drei zu nennen, die für Information und Meinungsbildung in Köln viel geleistet haben: Fridays for Future mit Unterorganisationen wie Engineers for Future oder Scientists for Future, gruensystem.koeln und „Klimawende von unten“.

Die Stadt Köln könnte über den Klimarat diese wünschenswerte bürgerliche Basis einbinden und die Organisationen damit stabilisieren und auch wertschätzen.

Aber ich bitte um Verbindlichkeit durch namentliche Nennung. Denn nur durch Dialog zwischen Verwaltung und Einwohnern werden wir dieses riesige Thema in der gebotenen Schnelligkeit umsetzen können.

Ich bitte darum um Nachbesserung - gerne im Umweltausschuss - hinsichtlich Nachschärfung der Ziele und hinsichtlich mehr Bürgerbeteiligung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor ich nach weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag - -

(Zuruf)

- Ja, natürlich. Herr Hammer hat - darum habe ich ihn ja drangenommen - einen Antrag zur Ge-

schäftsordnung gestellt. Ich habe Herrn Hammer drangenommen, weil er dazu gesprochen hat, dass es in den Umweltausschuss verwiesen werden soll.

Ich möchte vorher nur daran erinnern, wie der Beschluss zum Klimanotstand lautet - nämlich, dass die Verwaltung externe Experten zur Beratung hinzuzuziehen hat.

Außerdem möchte ich Sie gerne daran erinnern, dass in Ihrem eigenen Antrag auch keine Namen stehen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Nein, Frau Oberbürgermeisterin, Namen haben wir darin nicht genannt; denn das war auch nicht unsere Absicht. Aber Sie verheimlichen Ihre Akteure, die Sie benannt haben. Und das finden wir nicht fair. Das finden wir intransparent. - Entschuldigung, dass ich dazwischengefunkelt habe.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das ist ja gut. Aber wenn Sie es als intransparent erachten, dass die Verwaltung mit Experten spricht, ist das ja -- Okay. Ich muss das zur Kenntnis nehmen.

Herr Struwe, wünschen Sie zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hammer das Wort?

Rafael Struwe (SPD): Ja, das wünsche ich, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sehr gerne.

Rafael Struwe (SPD): Ich möchte diesem Gremium empfehlen, diesem Geschäftsordnungsantrag nicht zu folgen. Denn die Verwaltung beruft sich hier darauf, dass sie auf Grundlage der vom Rat beschlossenen Vorlage zum Klimanotstand agiert. Insofern sollte doch auch der Rat über weitere Umsetzungsschritte entscheiden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Im Übrigen möchte ich als Mitänderungsantragsteller hier darauf bestehen, auch noch zur Sache reden zu dürfen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das sieht unsere Geschäftsordnung nicht vor. Aber - -

Rafael Struwe (SPD): Das heißt also, dass die Sachdebatte mittendrin abgebrochen wird?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, so ist das bei Geschäftsordnungsanträgen, Herr Struwe. Das hat der Rat der Stadt so entschieden. Aber ich möchte mich mit Ihnen jetzt auch nicht darüber streiten. Sie sind Vorsitzender des entsprechenden Ausschusses. Darum haben Sie jetzt ausnahmsweise das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Von meinen Vorrednern ist tatsächlich schon viel gesagt worden zu diesem - -

(Ulrich Breite [FDP]: Drei Minuten!)

- Danke, Herr Kollege. Mensch, das hatte ich schon wieder vergessen. Wenn ich Sie nicht hätte, wüsste ich jetzt gar nicht, was ich tun soll.
- Es ist schon viel gesagt worden zu diesem Vorgang, der in der Tat etwas bemerkenswert ist.

Wir haben diesen Antrag der LINKEN gelesen und haben gesagt: Okay, Klimarat; gute Idee; kann man machen.

Dann kam diese Mitteilung der Verwaltung. Da wusste man gar nicht so richtig, was man jetzt damit anfangen soll. Die Überschrift klingt erst einmal super:

Klimaneutrales Köln - Entwicklung einer Strategie mit Zielsetzung und Maßnahmen; Bildung Klimarat und Projektgruppen

Liest man dann weiter, macht sich aber doch eine gewisse Enttäuschung breit. Wir haben hier alle gemeinsam wirklich ambitionierte Ziele beschlossen. Vor fast einem Jahr, am 9. Juli 2019, haben wir die schon zitierte Vorlage zum Klimanotstand beschlossen. Darin steht unter anderem, dass auch externe Akteure einbezogen werden sollen.

In dieser Mitteilung lese ich jetzt, dass hier Gespräche mit irgendwelchen externen Akteuren geführt werden. Das ist zwar gut und schön; das soll die Verwaltung machen. Ich hätte nach zehn Monaten aber gedacht, dass schon längst Gespräche geführt worden wären und wir jetzt mög-

licherweise bereits Ergebnisse bekommen würden.

Bezüglich dieser Gespräche mit Einzelnen - ich will hier auch auf niemanden eingehen - sind Leute genannt, bei denen ich sagen muss, dass da genauso gut auch andere sitzen könnten. Ich halte diese Auswahl für völlig willkürlich.

Wenn man dies als Klimarat aufbauscht, macht das doch eher den Eindruck, es gehe darum, noch ein bisschen Material zu produzieren, das man auf Wahlkampf-Flyer drucken kann. Es ist weder Fleisch noch Fisch.

Insofern ist unser gemeinsamer Änderungsantrag hier deutlich zielführender. Denn wenn man in der Sache weiterkommen will, muss man nun einmal auch zentrale und repräsentative Akteure ins Boot holen. Da reicht es nicht, irgendwelche Projektgruppen zu gründen, die dann 2021 irgendwelche Ergebnisse liefern.

Auf das vom Kollegen Detjen angesprochene Vorgehen, quasi durch die kalte Küche hier so etwas einzuführen, möchte ich jetzt gar nicht weiter eingehen und seine Ausführungen nur noch einmal deutlich unterstreichen.

Ich möchte wirklich alle noch einmal darum bitten, dass wir in diesem Gremium jetzt auch einen mutigen Schritt machen und ein deutliches Zeichen setzen, indem wir den Antrag in der geänderten Form hier beschließen. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wünscht jetzt noch jemand zu dem Geschäftsordnungsantrag das Wort? - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bitte ersparen Sie mir, hier formal zu begründen, warum ich sprechen möchte. Natürlich könnte ich jetzt auch gegen die Verweisung sprechen. Aber ich hatte mich auch im Vorfeld als Redner gemeldet. Und da offensichtlich die meisten sprechen dürfen, möchte ich das nun auch kurz tun.

Ich bin gegen eine Verweisung, da ich das von Frau Gerlach schon erwähnte Vorgehen beim Klimarat mit dem Ziel, Klimaneutralität bis 2050 herzustellen, für absurd halte. Es ist wirklich kein zielführendes Projekt, wenn wir uns bis 2050 zur

Klimaneutralität auf den Weg machen. - Das ist das eine.

Das andere ist: Normalerweise steht über solchen SPD-Anträgen „Wohnen. Wohnen. Wohnen.“ oder Ähnliches. Ich würde hier auch sagen: „Machen. Machen. Machen.“ Wir haben zig Papiere - daran möchte ich alle einmal erinnern - und werden heute höchstwahrscheinlich wieder klimafeindliche Beschlüsse fassen. Als Beispiel nenne ich hier nur den Rather See, der gleich noch auf der Tagesordnung steht.

Wir machen aber nichts, sondern gründen einen weiteren Arbeitskreis. Sie kennen alle den Spruch dazu. Das ist wirklich traurig. Anders kann man es nicht bezeichnen.

Daher möchte ich dem Antrag auf Verweisung aber letztendlich doch zustimmen, weil wir bitte ein Klimarat-Konzept mit guten Zielen aufsetzen sollten, in dem sich auch die Stadtgesellschaft möglichst gut widerspiegelt. - Danke schön.

(Beifall von Lisa Hanna Gerlach [Einzelmandatsträgerin])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird noch das Wort zum Geschäftsordnungsantrag gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, den Antrag in den Umweltausschuss zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Von SPD und LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist er verwiesen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

**3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Resolution: Finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt sichern - Ausgaben unter Finanzierungsvorbehalt stellen, Unterstützungszahlungen an Bedingungen knüpfen“
AN/0532/2020**

Ich gebe als Erstem dem begründenden Herrn Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe es in der aktuellen Stunde schon gesagt und wiederhole es: Wir möchten mit einem Lob beginnen und der Stadtkämmerin unsere Anerkennung und unseren Dank aussprechen. Sie hat, wie gesagt, frühzeitig, entschlossen und richtig gehandelt.

Bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 23. März 2020 hat sie gesagt, dass wir uns auf die Kernaufgaben der Verwaltung reduzieren müssen - und das wohlgernekt zu einem Zeitpunkt, zu dem die übrigen Fraktionen hier im Rat, als wäre nichts gewesen, noch eine Ausgabenposition nach der anderen durchgewunken haben. Einzig die AfD-Fraktion hat schon damals gefordert, alle weiteren Ausgaben unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen. Das war, wie gesagt, am 23. März.

Zwei Tage später, am 25. März, hat unsere Stadtkämmerin folgerichtig eine Bewirtschaftungsverfügung erlassen.

Diesen Schritt begrüßen wir ausdrücklich. Warum? Weil wir gerade einen massiven Einbruch unserer Einnahmen verzeichnen. Wer im Finanzausschuss war, hat ja die Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer zur Kenntnis nehmen können. Dort werden immer die einzelnen Jahre übereinander dargestellt. Das Ganze stürzt gerade massiv nach unten und hat schon das Vorjahr, das Jahr 2018 und das Jahr 2017 nach unten durchschlagen. Auch das Jahr 2016 wird jetzt wahrscheinlich nach unten durchstoßen.

Umso wichtiger ist es, dass wir die Ausgabenseite unseres Haushaltes unter Kontrolle halten und weitere Ausgaben auf das absolut Notwendige reduzieren.

Jetzt rächt es sich, meine Damen und Herren, dass diese Stadt es in den letzten zehn Jahren trotz Rekordsteuereinnahmen nicht ein einziges Mal hinbekommen hat, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Wir haben unser Eigenkapital Jahr um Jahr weiter verzehrt. Nun fehlt uns in der Krise das Polster, auf das andere Kommunen zurückgreifen können.

Meine Damen und Herren, vor Corona hatte Köln kein Einnahmenproblem, dafür aber ein Ausgabenproblem. Jetzt, mit Corona, haben wir beides.

Wir fordern daher, keine weiteren Ausgabenverpflichtungen einzugehen. In Köln brauchen wir, um einmal ein Beispiel zu nennen, nicht länger eine dauerdefizitäre Film Festival Cologne GmbH. Wir brauchen in diesem Jahr keine Förderung für Interkulturelle Zentren in Höhe von 600 000 Euro; dort wird wahrscheinlich sowieso kaum Begegnung stattfinden.

Außerdem fordern wir, die Gewährung von nicht rückzahlbaren Zuwendungen an klare Bedingungen zu knüpfen. Es kann nicht sein, dass ein

Unternehmen nach dem Staat ruft oder noch großzügig Dividenden und Boni ausschüttet und gleichzeitig unterstützt wird.

Wir als AfD betrachten es im Übrigen als äußerst fraglich, ob wir bis Ende des Jahres um eine Haushaltssperre herumkommen werden. Deshalb fordern wir die Kämmerei auf, die Planungen dafür vorsorglich bereits jetzt anzustoßen.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt muss gesichert werden. Alle Ausgaben sind unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen. Unterstützen Sie daher unsere Resolution.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Diemert, würden Sie dazu bitte etwas sagen?

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben, wie gerade erwähnt worden ist, eine Bewirtschaftungsverfügung erlassen und sehen dadurch aktuell keinerlei weitergehenden Handlungsbedarf.

Im Übrigen verweisen wir darauf, dass alle Hilfsprogramme und Zuschüsse, die diese Stadt auf den Weg gebracht hat, klar definierte Bedingungen vorsehen, die nach sorgsamer Abwägung formuliert wurden.

So weit. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Kölner Hotellerie von den Folgen der Corona-Krise entlasten, ‚Kulturförderabgabe‘ aussetzen!“ AN/0535/2020

Hier begründet Herr Geraedts.

Wilhelm Geraedts (AfD): Richtig. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für das Jahr 2017 weist das

Statistische Jahrbuch der Stadt Köln 280 Beherbergungsbetriebe mit über 6 Millionen Übernachtungen aus. Das Hotel- und Gastgewerbe sichert erkennbar einer Vielzahl von Kölnern ihre Existenz.

Seit Mitte dieses Jahres erwirtschaftet die Branche allerdings keine existenzsichernden Umsätze mehr, da die Coronaschutzverordnung Nordrhein-Westfalen touristische Übernachtungen untersagt.

Dieses Verbot wird zwar am kommenden Montag fallen. Der entstandene Schaden verschwindet damit allerdings nicht. Die Osterferien und die Mai-Feiertage lassen sich nicht nachholen. Es wird weiterhin keine Großveranstaltungen und auch keine Messen geben. Die Konsumlaune wird sich angesichts trüber wirtschaftlicher Aussichten weiterhin in Grenzen halten. Viele werden aus Angst vor dem Virus auf Reisen verzichten und unsere schöne Stadt nicht besuchen.

Wenn wir unsere vielfältigen Beherbergungsbetriebe erhalten und das Feld nicht nur wenigen großen Ketten überlassen wollen, müssen wir helfen. Hierzu haben Bund und Land verschiedene Hilfsprogramme aufgelegt, die teils als Kredit und teils in Form eines Zuschusses ausbezahlt werden.

Die Stadt Köln kann angesichts ihrer eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten - wir sprechen gerade darüber - solche Programme nicht auflegen. Sie sollte die Lage der betroffenen Unternehmen und damit der dort beschäftigten Arbeitnehmer aber nicht noch zusätzlich erschweren.

Eine solche Erschwernis ist in unseren Augen die Kulturförderabgabe. Touristische Übernachtungen in der Stadt werden mit einer Sonderabgabe belastet. Damit verbunden ist ein erheblicher bürokratischer Aufwand für die betroffenen Betriebe - und natürlich auch ein Wettbewerbsnachteil für die Kölner Hotellerie.

So sind, seit es diese Bettensteuer gibt, wie sie umgangssprachlich genannt wird, direkt hinter der Stadtgrenze auffallend viele Hotels entstanden. Neben vielen Berufstätigen sind auch immer mehr Touristen zu Einpendlern geworden - mit allen unerwünschten Begleiterscheinungen.

Diese Steuer war schon immer ungerecht. Beherbergungsbetriebe zahlen wie alle anderen Gewerbetreibenden Gewerbesteuer; ihre Beschäftigten zahlen Einkommensteuer; ihre Kunden zahlen Umsatzsteuer. Es ist nicht ersichtlich,

wie diese Sonderlast gerechtfertigt werden soll. Von der Attraktivität Kölns profitieren auch andere, nicht zuletzt Einzelhandel und Gastronomie, ohne eine Sondersteuer zahlen zu müssen.

Es ist daher in dieser schweren Zeit für die betroffenen Betriebe dringend nötig, dass wir die sogenannte Bettensteuer aussetzen oder, besser noch, ganz abschaffen. Schließlich geraten mit der Wiedereröffnung ab Montag die Hotelbetriebe in eine Situation, in der die Rückzahlung großzügig gewährter Kredite eine Zusatzbelastung darstellt, der weiterhin verringerte Einnahmen gegenüberstehen.

Unsere Bitte ist also, dass wir die Kulturförderabgabe bis zum 31. Dezember 2021 aussetzen oder besser abschaffen bzw. dass wir die dafür notwendigen Entscheidungsgrundlagen von der Stadtverwaltung erhalten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Diemert, würden Sie uns dazu etwas sagen?

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hier ist darauf hinzuweisen, dass die Kulturförderabgabe nicht von den Hoteliers geschuldet wird, sondern von den Gästen. Daher hätte eine Abschaffung der Kulturförderabgabe ab dem 1. Januar 2020 zur Folge, dass die Hoteliers die schon eingenommene Kulturförderabgabe, die sie eigentlich an die Stadt weiterleiten müssen, unmittelbar an die Gäste zurückzuerstatten hätten. Das heißt, dass sie durch massive Liquiditätsabflüsse belastet wären, was in der derzeitigen Krise eine zusätzliche Belastung darstellen würde.

So weit zur Erläuterung. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Köln darf keine Tempo-30-Zone wer-

**den! Nein zum autofeindlichen Vorstoß der Oberbürgermeisterin!“
AN/0537/2020**

Herr Geraedts, bitte.

Wilhelm Geraedts (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einem kürzlich von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, verfassten Schreiben baten Sie den nordrhein-westfälischen Verkehrsminister Hendrik Wüst, die innerörtliche Radwegbenutzungspflicht in Köln aufheben zu dürfen. Sie schrieben:

Wir müssen mehr für die Sicherheit der zu Fuß Gehenden und Radfahrenden tun.

Die Kommunen sollten gemäß Ihrem Schreiben Radfahrpiktogramme auf die Fahrbahnen auftragen dürfen und so die Mitbenutzung der Fahrbahn für Radfahrer erlauben. Sie begründeten das mit dem seit Beginn der Corona-Krise um 50 Prozent zurückgegangenen Autoverkehr, während der Radverkehr dagegen um 5 Prozent zugenommen habe.

Weiter schrieben Sie:

Um auf allen Fahrbahnen, die dann von Radfahrenden mitgenutzt werden können, sichere Verkehrsverhältnisse zu schaffen, müsste ebenfalls temporär die Höchstgeschwindigkeit innerhalb der geschlossenen Ortschaft grundsätzlich und ohne Anpassung der Beschilderung auf 30 Stundenkilometer begrenzt werden.

Abgesehen davon, dass man im Amt 60 wahrscheinlich schon graue Haare kriegt, wenn man das liest, sind wir der Meinung, dass so etwas rechtlich ohne Weiteres gar nicht machbar ist, aber auch aus verkehrspsychologischer Sicht wenig ratsam erscheint.

Wollen Sie wegen einer Momentaufnahme den Ruf der Autostadt Köln zerschlagen, und zwar dauerhaft? Denn Sie schließen ja nicht aus, die einmal ungewidmeten Fahrbahnen nach der Pandemie weiterhin als Radspuren auszuweisen, wenn die Maßnahmen - Zitat -

sich grundsätzlich vorteilhaft für den Rad- und Fußverkehr und zumindest nicht ausschließlich zum Nachteil des Kfz-Verkehrs auswirken.

Lassen Sie mich das Fazit aus diesem letzten Satz Ihres Schreibens ziehen: Wenn Fußgänger und Radfahrer grundsätzlich - also nicht einmal immer - von Ihrem Vorgehen profitieren, spielen die Bedürfnisse der Autofahrer und des Kraftfahrzeugverkehrs in Köln keine Rolle mehr.

Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte Sie! Sie behandeln die Autofahrer wie eine freie Manöverbatterie und erfüllen hier ohne Betrachtung der Gesamtfolgen lediglich den realitätsfernen grünen Ökopopulismus. Sie stehen an der Spitze einer Autostadt mit Tausenden Mitarbeitern der Autoindustrie, die mit ihrer Arbeit vieles in dieser Stadt erst möglich gemacht haben und immer noch möglich machen. Und dann wollen Sie durch die Hintertür das Autofahren in Köln quasi abschaffen?

Wir sind davon überzeugt, dass Köln auch ohne eine solche wirklichkeitsfremde Maßnahme das Wohl aller Verkehrsteilnehmer weiter im Blick behält, und bitten daher um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. Geben Sie sich einen Ruck; denn Richtiges kann nicht falsch sein, nur weil es von den angeblich Falschen gesagt wird. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Kinder- und Jugendfreizeiten im Sommer 2020 sichern“
AN/0561/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0611/2020

Als Erste hat Frau Kessing das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Kinder und Jugendliche haben in den vergangenen Wochen durch die Corona-Pandemie massive Einschränkungen in ihrem Leben erfahren.

Das ungeliebte Wort Nein prägte den Alltag. Kita, Spielplatz, Treffen im Park, Sportplatz, Fitnessstudio, Probe mit der Band, Jugendtreff: alles nicht erlaubt. Bei so vielen Beschränkungen verpuffte die Freude über die unerwarteten Ferien. Besonders die Trennung von den Freundinnen und Freunden fiel und fällt besonders Kindern und Jugendlichen schwer.

Trotzdem haben sie in dieser Verbotszeit eine hohe Disziplin erwiesen. In der Presse waren oft eher die kleinen Ausnahmen zu sehen. Dass viele Jugendliche die Einschränkungen sehr akzeptiert haben, wurde meines Erachtens auch ein bisschen zu wenig gewürdigt.

Wer jedoch glaubt, dass diese Einschränkungen spurlos an Kindern und Jugendlichen vorübergehen, täuscht sich. Mangelnde Freiräume zu Hause erschweren die Situation zwangsläufig.

Auch wenn langsam wieder Aktivitäten möglich sind, sind wir von Normalität noch weit entfernt.

In der Debatte der vergangenen Jahre spielten die Bedürfnisse von Kindern vor allen Dingen mit Blick auf Kita und Schule eine Rolle. Das war und ist wichtig, reicht aber nicht.

Wir setzen deshalb heute einen besonderen Fokus auf die Ferienmaßnahmen und Freizeitaktivitäten. Dieses Angebot, über das wir sprechen, ist auch kein „nice to have“, sondern ein gutes sozialpolitisches Angebot. Ferienmaßnahmen und Stadtranderholungen richten sich gerade an Kinder und Jugendliche, die auch in coronafreien Zeiten nicht mit ihren Eltern in Urlaub fahren können. Sie unterstützen ganz besonders Kinder in schwierigen Lebenslagen. Und wir wissen genau, dass der Bedarf gerade in diesem Jahr besonders hoch ist.

In den letzten Wochen haben die Eltern neben Homeoffice und Sorge um den Arbeitsplatz und die ökonomische Existenz ihre Kinder betreut und beschult. Jetzt, vor den Sommerferien, ist deshalb so mancher Urlaubstag bereits verbraucht. Alleinerziehende Mütter und Väter, aber auch Eltern mit behinderten Kindern haben eine besonders hohe Belastung zu stemmen.

Kinder und Eltern brauchen jetzt einen Lichtblick und auch Entlastung. In Vor-Corona-Zeiten waren die Freizeitaktivitäten selbstverständlich. Jetzt sind sie aber gefährdet.

In den letzten Tagen und Wochen hat uns - und sicherlich auch Sie - eine Reihe von besorgten Briefen erreicht. Auch erste Absagen waren in der Presse zu lesen - zum Beispiel das HöVi-

Land. Die Medien haben heute auch noch einmal ausführlich berichtet.

Viele Träger möchten ihre Angebote weiter anbieten und sind auch bereit, neue, unorthodoxe, kreative Wege zu finden. Ihr Ziel ist es, möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen. Nötig ist jetzt, sechs Wochen vor Ferienbeginn, aber ein höchstmögliches Maß an Gewissheit für die Träger, für die Kinder und Jugendlichen und für die Eltern.

Hier setzt unser Antrag an. Unser Ziel ist es, mit dieser Initiative im Dialog mit den Trägern das Angebot an Ferienfreizeiten und Aktivitäten weitgehend zu sichern. Inklusive Angebote gehören dazu.

Die Verwaltung hat in den letzten Wochen gerade auch im Kinder-Jugend-Bereich einen wirklich guten Job gemacht. Unsere Initiative möchte sie unterstützen und stärken, auch unorthodoxe Wege zu gehen. Sagen Sie uns, was fehlt.

Zum Ergänzungsantrag der SPD:

Im ersten Absatz wird noch einmal ein besonderer Fokus auf das Thema „frühkindliche Bildung“ gelegt. Das finden wir in Ordnung.

Bei den Absätzen zwei und drei hatte ich das Gefühl, dass ziemlich viele Eulen von der SPD-Fraktion zum SPD-Dezernenten fliegen. Was darin steht, ist aber auch nicht falsch. Allerdings glaube ich, dass wir der Verwaltung gerade in dieser Zeit das Leben nicht mit zu vielen Details schwerer machen sollten, sondern Kreativität und Spontaneität fördern sollten.

Gleichwohl werden wir - auch im Sinne unseres immer guten Dialogs in der Jugendpolitik - diesem Ergänzungsantrag dann auch zustimmen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Laufenberg das Wort.

(Sylvia Laufenberg [FDP]: Nach der Ausführlichkeit der Kollegin verzichte ich! - Beifall bei der FDP)

Dann hat Herr Zimmermann das Wort.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Ich schließe mich Frau Laufenberg an!)

- Danke. - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorbildlich; danke. Und Eulen sind wunderbare Vögel, die sehr gut zuhören können. Also passen sie auch.

Ganz viele Familien, gerade mit kleinen Kindern, in Köln sind natürlich an der Belastungsgrenze. Das wissen wir alle. Viele Eltern sind auch enorm verunsichert in den - ich sage es einmal positiv - dynamischen Zeiten der Entscheidungen: Was ist? Was wird sein? Wie bekomme ich meine Kinder wieder in das Betreuungs- und Bildungssystem zu den Personen, die sie außerhalb ihrer eigenen Familie schon lange kennen?

Frau Kessing hat bereits angesprochen, dass die Verwaltung - das Jugendamt, das Schulamt - zurzeit vor riesigen Herausforderungen steht, wie sie, glaube ich, noch nie da gewesen sind. Auf die Dinge, die wir vor Corona hatten - Schulbau und Kita-Bau -, kommt das noch obendrauf. Es ist eine Herkulesaufgabe.

Daher ist es natürlich schön, wenn wir innerhalb der Fraktionen auch Ideen sammeln, die wir einbringen können. Wir alle haben die Ohren an ganz vielen Menschen und bringen diese Dinge hinein. Das wird auch von uns verlangt.

Insofern ist es selbstverständlich, dass wir die im Punkt 1 des Antrags beschriebenen Angebote in diesen Zeiten sichern müssen.

Wir haben den Punkt eingebracht, dass - das haben wir im Hauptausschuss und im Jugendhilfeausschuss schon thematisiert - auch Träger und Sportvereine - auf ihnen liegt in unserem Punkt 3 der besondere Fokus - mit einbezogen werden und die gesamten Ressourcen, sowohl die Ressourcen räumlicher Natur als auch die Ressourcen personeller Natur, genutzt werden, damit dieser Sommer für unsere Kinder und Familien in Köln ein Kinder-Sommer wird.

Die Prioritäten sind ja schon von allen Vorrednern genannt worden. Dieses Thema genießt wirklich eine hohe Priorität - neben den anderen Punkten, die wir zwischen Gesundheit und Wirtschaft diskutieren.

Wir sind eine kinderfreundliche Kommune. Das wird sich gerade jetzt in den Schließzeiten - es sind ja keine Sommerferien für die Kinder - der Kitas zeigen müssen.

Insofern bitte ich die Verwaltung, diesen zusätzlichen Punkt umzusetzen - in Zusammenarbeit mit

den Trägern und den Sportvereinen, auf die wir den Fokus gelegt haben -, damit die Kinder und die Eltern hier in Köln einen schönen Sommer erleben dürfen und dann auch - es ist ja damit noch nicht zu Ende - der Einstieg in die Schule und in die Kindergärten etwas besser gestaltet werden kann. - Vielen Dank dafür, dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen können.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Kessing hat die Situation von Kindern und Familien mit Kindern schon sehr deutlich dargestellt.

Ich möchte auch noch einmal den Gedanken von Herrn Zimmermann aufgreifen. Er hat in seiner Rede darauf hingewiesen, dass wir in den vergangenen Wochen gesehen haben, wie verwundbar unsere wichtigen sozialen Dienstleistungen für Kinder und für Familien sind. Das hängt zum Beispiel auch damit zusammen, dass in Kitas und in Schulen die Erzieherinnen und Erzieher und die Lehrerinnen und Lehrer sehr große Gruppen zu betreuen haben. Im Moment regt sich ja Unmut in der Bevölkerung. Da stoßen auch unterschiedliche Sichtweisen und Interessen aufeinander, die jeweils ihre Berechtigung haben.

Deshalb finde ich es schon einmal sehr gut, dass wir auch hier wenigstens im begrenzten Maße heute mit einem solchen Antrag reagieren. Wir begrüßen diesen Antrag, finden ihn sehr gut und werden ihm deshalb auch zustimmen.

In Höhenberg und Vingst liegt das HöVi-Land. Die Kinderspiele auf dem HöVi-Land-Platz mussten, wie im Antrag erwähnt ist, wegen der derzeitigen Situation abgesagt werden, und es wird über alternative Angebote nachgedacht. Der Antrag kommt jetzt gerade richtig. Die Verwaltung kann auch den Organisatoren dort unter die Arme greifen; denn man denkt darüber nach, dieses Angebot zwar nicht auf dem gleichen Platz, aber doch in anderer Form durchzuführen. Deshalb ist es sehr gut, wenn die Verwaltung dort aktiv wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst über den - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Gemeinsam abstimmen! Das ist doch übernommen worden!)

- Vielen Dank für den Hinweis, Herr Detjen. Das habe ich mitbekommen. - Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD, der ein Ergänzungsantrag ist, und dann über den Ursprungsantrag abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen gegen den Ergänzungsantrag? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Ergänzungsantrag so beschlossen.

Nun lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist der Antrag in ergänzter Fassung beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT und RM Gerlach betreffend „Unterstützung von LGBTI in Katowice“ AN/0577/2020

Ich gebe Herrn Bürgermeister Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Beschluss setzt der Rat der Stadt Köln ein klares Zeichen gegen Homo- und Transphobie, gegen Ausgrenzung und für eine vielfältige Gesellschaft in der Europäischen Union. Vor allen Dingen stellt er sich auf die Seite von Lesben, Schwulen und Transgender in Polen.

Ich freue mich, dass so viele Fraktionen und Gruppen diesen Antrag unterstützen. Das dokumentiert, dass diesem Rat und dieser Stadt die Menschenrechte und die Menschenwürde nicht egal sind. Viele von uns setzen sich ja auch dafür ein - Sie, Frau Oberbürgermeisterin, Frau Scho-Antwerpes, Herr Detjen, Herr Breite, also auf verschiedensten Ebenen.

Dieser Antrag zeigt aber auch, dass wir die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaften ernst neh-

men. In diesem Fall waren es die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender, die das Thema „LGBTI-freie Zonen“ auf die Agenda gesetzt haben. Genauso ernst nehmen wir übrigens die Initiative des Integrationsrates zum N*Wort, die wir gleich noch auf der Tagesordnung haben.

Seit vielen Jahren findet ein Austausch zwischen den LGBTI-Organisationen von Köln und Kattowitz statt.

Wir haben in Polen erlebt, wie Menschen von Extremisten mit Steinen, Flaschen und Knüppeln beworfen wurden.

Einiges hat sich in den letzten Jahren in Polen verbessert. Gerade deswegen versuchen einige Ewiggestrige, das Rad nun zurückzudrehen.

Wir sind froh, dass die Stadt Kattowitz diesen Weg nicht mitgeht. Es ist gut, dass sich LGBTI in Kattowitz nicht mehr verstecken müssen - Sie erinnern sich an das Stadtfest in Kattowitz, bei dem auch die LGBTI-Gruppe mit einem Stand vertreten war -, sich öffentlich zeigen können und sich zu Vereinen zusammenschließen können.

Dieses Pflänzchen einer offenen Gesellschaft ist aber nun bedroht. Deshalb bringt der Antrag die Sorge vor einem Rollback zum Ausdruck.

Davor sind wir auch hier nicht sicher. Auch bei uns gibt es genug Kräfte, die in einer Krise nicht nach Lösungen, sondern nach den Schuldigen suchen.

Wir können froh sein, dass wir mit dem Stadtpräsidenten Marcin Krupa in Kattowitz einen Bürgermeister haben, der zwar den Marsch für Gleichheit noch nicht offiziell eröffnet hat, aber immerhin genug Toleranz und Weltoffenheit besitzt, um LGBTI-Gruppen als Teil der Stadtgesellschaft zu sehen.

Wir wollen, dass das so bleibt, und freuen uns auch über weitere Verbesserungen. Denn eine LGBTI-freie Zone in Kattowitz wäre unvereinbar mit den uns gemeinsam verbindenden europäischen Werten.

Gestatten Sie mir eine persönliche Anmerkung. Ich bedanke mich auch bei Herrn Marcin Krupa für seine solidarische Unterstützung bei Medien und Justiz nach der Morddrohung im letzten Dezember. Die Staatsanwaltschaft in Polen hat den Täter überführt und jetzt auch angeklagt.

Die Vernetzung von hass- und gewaltbereiten Bürgern ist leider auch europäisch. Wir setzen

dagegen auf die EU-Grundrechtecharta und den Schutz der Menschenrechte. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es eine weitere Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Straßenverkehr - mit Abstand am sichersten“ AN/0593/2020

Diese Anfrage ist sehr kurzfristig eingegangen und wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Schulunterricht in der Corona-Krise“ AN/0597/2020

**Antwort der Verwaltung vom 14.05.2020
1422/2020**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Auch diese Anfrage ist kurzfristig eingegangen. Daher bedanke ich mich ausdrücklich für die sehr schnelle, ausführliche Antwort. - Ich habe zwei Nachfragen.

Erstens. In der Antwort auf Frage 1 wird zu Recht darauf hingewiesen, wie gut die Schüler ausgestattet sind, ausgestattet werden oder versucht wird, sie auszustatten. In unserer Frage 3 geht es um die Lehrer. Diese Frage beantworten Sie wie folgt:

Nach aktuellem Kenntnisstand existiert nach wie vor eine unterschiedliche Rechtsauffassung zwischen Kommunen und dem Land Nordrhein-Westfalen be-

züglich der Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern. Eine einvernehmliche Lösung ist derzeit nicht absehbar.

Deshalb frage ich Sie: Sind Sie da aktuell in Richtung Land aktiv? Für Lernen auf Distanz brauchen die Lehrer auch Endgeräte. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass man die Lehrer in diesen Zeiten nicht mit Geräten ausstattet.

Zweitens. In unserer Frage 5 ging es uns darum, welche Möglichkeiten die Stadt ergreift, Unterrichtsflächen zu erweitern. Sie antworten darauf, wie Sie versuchen, mit den vorhandenen Flächen klarzukommen, also durch Teilung, kleinere Gruppengrößen etc. Uns ging es aber um das Erweitern der Flächen. Wir würden gerne auch wissen, ob es Überlegungen gibt, was man tun könnte, um zusätzliche Flächen zu schaffen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Voigtsberger.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Zimmermann, zu Frage 3: Es ist tatsächlich so, dass es nach wie vor eine Diskrepanz in der Ansicht gibt, wer für die Ausstattung der Lehrerinnen und Lehrer zuständig ist. Hier werden die Kommunen insbesondere durch die kommunalen Spitzenverbände vertreten. Die Auffassung der Kommunen ist, dass Lehrerinnen und Lehrer durch das Land, dem sie auch arbeitnehmerrechtlich angeschlossen sind, entsprechend ausgestattet werden müssen.

Zu Frage 5: Hier sind wir darauf angewiesen, welche Vorgaben das Land uns macht. Diese Vorgaben setzen wir im Rahmen des rollierenden Systems um. Damit können wir derzeit auch im Rahmen unserer schulgebäudlichen Strukturen alle notwendigen Abstandsregelungen in den Klassenräumen einhalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Herr Kienitz hat mich gerade daran erinnert - und dafür bedanke ich mich -, dass wir ja darum gebeten hatten, die Nachfragen schriftlich zu stellen, Herr Zimmermann. Diese Bitte ist an alle Fraktionen gegangen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihnen das bei den nächsten Tagesordnungspunkten dann auch möglich wäre. Sie bekommen dann auch ganz schnell eine Antwort.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Zweitwohnsteuer in Köln“ AN/0595/2020

Antwort der Verwaltung vom 14.05.2020 1394/2020

Die Antwort liegt vor. Nachfragen bitte schriftlich. - Danke sehr.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Demokratieförder- bzw. Extremismuspräventionsprogramme“ AN/0596/2020

Antwort der Verwaltung vom 14.05.2020 1403/2020

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. - Herr Geraedts, können Sie schriftlich nachfragen?

Wilhelm Geraedts (AfD): Ja, das machen wir schriftlich. Die Antwort kam sehr kurzfristig. Wir müssen wir noch einmal drüberschauen. Unsere Anfrage ist auch nicht so beantwortet, wie wir es gerne gehabt hätten. Da kommt noch etwas.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön.

Nun rufe ich auf:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Ächtung des N*Wortes 0743/2020

Nach unserer Geschäftsordnung hat Herr Abeke als Stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates als Erster das Wort.

Eli Abeke (Stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich auch den Fraktionen, die bei uns im Integrationsrat engagiert sind, sehr

herzlich danken. Die Zusammenarbeit funktioniert hervorragend. Wir haben das Gefühl, dass unsere Belange dort gut unterstützt werden und hier wieder eingebracht werden. Vielen Dank!

Das Thema, zu dem ich hier stehe, ist ein uraltes Thema. Den Anfang haben wir natürlich dort besprochen. Es ist klar, dass Menschen afrikanischer Herkunft sich seit, man kann ruhig sagen, über 250 Jahren mit diesem Begriff, um den es geht, schwertun. Er ist umschrieben worden. Wie Sie in den Unterlagen entnehmen können, bezeichnen wir ihn als N*Wort. Denn diesem Begriff jeden Tag zu begegnen und ihn ständig auszusprechen, ist einfach erniedrigend.

Der Fall, den ich Ihnen jetzt schildern will, spielt in den Jahren 2018/2019. In einer Sitzung des Landtags Mecklenburg-Vorpommern hat ein AfD-Abgeordneter in der Debatte mehrmals das N*Wort benutzt, um Menschen afrikanischer Herkunft zu degradieren. Er wurde viermal ermahnt. Die Landtagsvizepräsidentin hat ihn darauf hingewiesen, dass dieses Wort verboten ist. Er bestand auf seinem parlamentarischen Recht und sagte, er könne, egal zu welchem Zeitpunkt, selber darüber entscheiden, welchen Begriff er verwende.

Dieser Begriff verletzt aber Menschen afrikanischer Herkunft, und zwar seit vielen Jahren. Dieser Begriff hat mit Sklaverei und Kolonialismus zu tun. In einer demokratischen Gesellschaft, wie wir sie hier in Deutschland haben, ist es wirklich erbärmlich, wenn man einen solchen Begriff benutzt.

Noch verletzender war Folgendes: Der Abgeordnete wurde viermal darauf hingewiesen, dass er diesen Begriff nicht verwenden solle. Dann ist er noch einmal aufgestanden und hat gesagt: Diesen Begriff habe ich bewusst gewählt, weil ich mir nicht vorschreiben lasse, welchen Begriff ich zu welcher Zeit nutzen muss; und bei schwarzen Leuten benutze ich diesen Begriff gerne.

Er hat also, auf Deutsch gesagt, seine Dummheit noch einmal bestätigt - und das in einem demokratisch gewählten und zusammengesetzten Parlament.

Eine solche Geschichte dürfen wir uns hier in Deutschland nicht erlauben. Das gilt gerade für eine Gruppierung, die sich als Demokraten darstellt. Ich erinnere nur an die Geschichte, die dieses Land vor einigen Jahren durchmachen musste. Viele Menschen leiden noch bis heute unter diesen Misshandlungen.

Es sind nicht nur wir Menschen mit afrikanischer Herkunft, sondern auch viele andere Menschen, die solche Begriffe nicht tolerieren. Wir haben gerade von Herrn Bürgermeister Wolter gehört, dass auch Schwule und Lesben diese Erfahrungen machen. Das heißt: In einem demokratischen Setting dürfen wir solche Begrifflichkeiten nicht erlauben.

Hier geht es aber gerade um die Stadt Köln. Wir haben versucht, diesen Antrag als Integrationsrat hier zu platzieren, um zu sagen: Auch wenn solche Begrifflichkeiten woanders in dieser Republik benutzt werden, möchten wir sie hier in Köln nicht dulden.

Deswegen sagen wir Ihnen voraus: Wenn dieser Antrag hier durchkommt, können wir damit einen großen Beitrag leisten, um im Vorfeld solche Begrifflichkeiten zu verhaften und dorthin zu dränge, wo sie hingehören, nämlich in die Richtung der Gruppierungen, die hier solchen Blödsinn verbreiten.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht so viel erzählen. Ich denke, dass die Mehrheit der Bürgern und Bürgerinnen in Köln es begrüßen würde, wenn solche Begrifflichkeiten hier nicht auf der Straße benutzt werden.

Zum Schluss möchte ich auch sagen, dass diejenigen, die solche Begrifflichkeiten benutzen, auch keinen Halt vor kleinen Kindern machen. Das erleben wir tagtäglich, zum Beispiel in Straßenbahnen.

Ein Fall, der mich besonders bewegt, betraf meinen Sohn. Er ist neun Jahre alt. Wir leben in Ehrenfeld. Unser Büro ist am Neumarkt. Er hatte seinen Basketball zu Hause vergessen. Deshalb habe ich ihn mit den Worten „Geh nach Hause und hol deinen Basketball“ in die Straßenbahn gesetzt.

Auf dem Rückweg wurde er, wie er mir erklärte, von einer älteren Dame brutal von seinem Sitz weggedrängt. Dabei fiel wiederholt, zweimal, das N*Wort. Mein Sohn kam natürlich weinend im Büro an. Ich fragte ihn: Was ist los? - Er brauchte eine Weile, bis er mir dann erzählte, was ihm passiert war. Sie können sich vorstellen, wie man sich dann als Elternteil fühlt. Aber ich konnte ihn ermutigen und ihm sagen: Junge, du hast Freunde in der Schule usw. - Aber er wiederholt dieses Erlebnis immer wieder, wenn er in eine Straßenbahn einsteigt.

Das ist kein Fall zum Späßen. Deswegen stehe ich hier stellvertretend für Migranten und auch

Kolleginnen und Kollegen mit deutscher Herkunft. Wir dürfen einen solchen Unsinn hierzulande nicht zulassen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Abeke - und herzliche Grüße nach Hause. Ich kenne Ihre Familie ja schon seit vielen Jahren. Im Übrigen denke ich auch: Zuversicht, dass man die Welt ändern kann, ist sicherlich richtig.

Ich frage nach weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Abeke, vielen Dank für Ihre bewegenden Worte, die Sie hier vorgetragen haben.

Wir haben den Antrag aus dem Integrationsrat auch in den Fraktionen beraten. Zum Punkt 3 haben wir hier einen Änderungsantrag. Wir haben die Absicht verstanden, Herr Abeke, wollen das aber wieder ein bisschen mehr an die Verwaltung zurückgeben, wenn Sie erlauben. Darum würden wir gerne eine Klarstellung vornehmen.

Hier spreche ich übrigens für die Fraktionen von CDU und Grünen sowie für uns als FDP.

(Zuruf von der SPD)

- Und für die SPD; sehr schön.

(Zuruf von der LINKEN)

- Auch für die LINKEN. - Sie sehen, Herr Abeke: Jetzt kommen sie alle hier zusammen. Sie wollten ja auch, dass wir das alle zusammen machen.

Ich darf Ihnen kurz unseren Änderungsantrag vorlesen. Herr Abeke, wir wollen den Punkt 3 durch folgende Formulierung ersetzen: Der Rat

dankt dem Integrationsrat für die Anregung zu einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara und bittet die Verwaltung, die Anregung bei der Weiterentwicklung des Städtepartnerschaftskonzeptes zu berücksichtigen.

Ich sehe Ihr Nicken. Dann bedanke ich mich. Das wollen wir gerne als Punkt 3 haben.

Frau Oberbürgermeisterin, ich kann Ihnen die Formulierung gerne handschriftlich - bedauerlicherweise nur handschriftlich - geben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das wäre schön. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist dem Änderungsantrag zugestimmt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist es so beschlossen. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Jetzt rufe ich auf:

6 Ortsrecht

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule Köln 0407/2020

Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Nach Absprache mit dem Vorstand der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik kann die Vorlage heute hier im Rat behandelt werden; das habe ich Ihnen mitzuteilen.

Dann stimmen wir darüber ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich komme zu:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Wahlordnung Integrationsratswahlen 2020 0177/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Da dieser Tagesordnungspunkt möglicherweise mit dem Punkt 5.4.2, den wir ja vertagt haben, verwoben ist, ist die Frage, ob wir dem heute zustimmen können. Die Vorlage unter Punkt 5.4.2 enthält ja

auch einige Änderungshinweise zur Wahlordnung. Deswegen stelle ich diese Frage an die Verwaltung.

Wenn das unschädlich ist, können wir dem so zustimmen. Wenn aber Rückschlüsse aus Punkt 5.4.2 auf diesen Tagesordnungspunkt notwendig oder möglich sind, bitten wir auch hier um Schiebung. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Vorlage enthält ja eine Begründung der Dringlichkeit. Deswegen würde ich vorschlagen, das heute zu beschließen.

(Ulrich Breite [FDP]: Das müssen wir!)

- Ja, weil Herr Joisten gerade so gefragt hat.

(Ulrich Breite [FDP]: 13. September! Wir müssen aufstellen!)

- Ja. - Es muss also heute beschlossen werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?

(Christian Joisten [SPD]: Sie haben meine Frage nicht beantwortet!)

- Doch. Ich habe gesagt, dass heute beschlossen werden muss.

(Christian Joisten [SPD]: Ich habe eine andere Frage gestellt!)

- Dann wiederholen Sie bitte Ihre Frage. Vielleicht habe ich sie nicht richtig aufgenommen. Dann versuche ich, sie zu beantworten.

Christian Joisten (SPD): Meine Frage war, Frau Oberbürgermeisterin, ob es Rückwirkungen vom Punkt 5.4.2, den wir abgesetzt haben, auf diesen Tagesordnungspunkt, Wahlordnung Integrationsratswahlen 2020, gibt. Das ist doch eine entscheidende Frage. Das heißt: Wenn wir heute schon die Wahlordnung beschließen würden, wäre alles, was unter dem vertagten Punkt 5.4.2 zu behandeln wäre, obsolet.

Das ist zumindest mein Verständnis. Deswegen stelle ich diese Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meines Erachtens kollidiert das nicht. Und deswegen sollten wir das jetzt beschließen.

Christian Joisten (SPD): Gut - wenn das nichts verschlägt. Das ist meine Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse hier noch einmal abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich habe mir den Antrag jetzt noch einmal angeschaut. Es kollidiert nicht.

(Christian Joisten [SPD]: Gut!)

Nun versuche ich zum dritten Mal, abstimmen zu lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Immer noch nicht. Das ist gut. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist das so angenommen.

Meine Damen und Herren, ich komme zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten- erhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Ökologische Revitalisierung Wester- waldstraße hier: Kostenerhöhung 0652/2020

Das ist eine Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt

7.2.2 Finanzielle Auswirkungen der Corona- Pandemie 1048/2020

Auch das ist eine Kenntnisnahme.

Dann rufe ich auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffent- lich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw. 0413/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie die Vorlage mit dem Hinweis aus dem Bauausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?
- Der FDP-Fraktion. Damit ist das so beschlos-
sen.

Tagesordnungspunkt

**10.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffent-
lich geförderten Wohnungsbau auf dem
städtischen Grundstück Waldstraße 115,
51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach,
Flur 5, Flurstück 812
2665/2019**

Auch hier frage ich, ob es Wortmeldungen gibt. -
Das ist nicht der Fall.

Auch hier lasse ich abstimmen wie die Vorlage
mit dem Hinweis aus dem Bauausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?
- Der FDP-Fraktion. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.6 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln
durch die Gemeindeprüfungsanstalt
NRW
0692/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeis-
terin! Meine Damen und Herren! Wir möchten
nur um eines bitten. Wir stimmen dem ja zu, und
die Abstimmung kann so durchgeführt werden.
Wir möchten nur darum bitten, den dann be-
schlossenen Punkt noch in den AVR als Mitteil-
ung zu verweisen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es
weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich: Gibt es Gegenstimmen? - Keine.
Enthaltungen? - Auch nicht. Damit ist so be-
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.7 Zweckverband Erholungsgebiet Stöck-
heimer Hof/Änderung der Verbandssat-
zung
0833/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstim-
men? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist
so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.8 Ermächtigungsübertragung in das
Haushaltsjahr 2020
0855/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? -
Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so be-
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln,
AöR (StEB Köln): Gründung einer
gGmbH „Kompetenzzentrum Digitale
Wasserwirtschaft gemeinnützige
GmbH“ durch das Land Nordrhein-
Westfalen, Ministerium für Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbrau-
cherschutz mit sieben weiteren Ver-
bänden und Unternehmen aus der
Wasserwirtschaft
0989/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? -
Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so be-
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Entwurf des Jahresabschlusses 2019
1101/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? -
Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so be-
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln,
AöR (StEB): Gewässerentwicklung-
konzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020)
- Erste Fortschreibung
3406/2019**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage.

Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? -
Keine. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Erneuerung der Eisenbahnüberfüh-
rungen Innere Kanalstraße (S-Bahn-
brücke) in Köln-Nippes
0557/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? -
Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so be-
schlossen.

Tagesordnungspunkt

10.14 Erweiterung der Gesamtschule Rodenkirchen, Sürther Straße 191, 50999 Köln - Bau- und Vergabebeschluss 1060/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.15 Mietzuschuss an die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e. V., Haushaltsjahr 2020 ff. 0981/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2017 für die Bühnen der Stadt Köln 1770/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.17 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2018 für die Bühnen der Stadt Köln 3615/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.18 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2020/21 0616/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Sanierung der Fensteranlage im Museum für Angewandte Kunst Köln, hier: Fortführung der Maßnahme 0267/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die wollen keine Fenster!)

Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.21 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2019 1218/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.22 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln); Jahresabschluss 2019 1167/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.23 Übertragung der Federführung für die Stadtbahnanbindung von Mülheim über Stammheim bis Flittard an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG 0866/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.24 Erneuerung der Deckenaufbauten und Sanierung des Küchenbereiches im Museum Ludwig/Philharmonie - Bauabschluss 0861/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.25 Weitere Bestellung von Herrn François-Xavier Roth zum Mitglied der Betriebsleitung beim Gürzenich-Orchester Köln 1345/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.26 Weitere Bestellung von Herrn Stefan Bachmann zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln 1346/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN und auch der FDP. Damit ist trotzdem so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.27 Struktursichernde Maßnahme und Weiterentwicklung/Neuaufstellung des Literaturfestivals 2020/2021 1195/2020

Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion - - Die SPD-Fraktion - -

(Heiterkeit und Beifall)

- Ich war so erschüttert über dieses Abstimmungsverhalten; das musste ich erst einmal verarbeiten.

Die SPD-Fraktion bittet um Aufnahme des folgenden Satzes im Punkt 2 des Beschlusstextes hinter dem ersten Satz - ich gebe das gleich noch schriftlich hoch; es müsste aber auch schon bei Frau Gies im Postfach sein -:

Dabei sind auch die Bereitsteller von Räumlichkeiten und Eventlocations als zu unterstützende Teile des Gesamtfestival-Konzepts zu berücksichtigen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist so beschlossen.

Nun lasse ich über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

**11.1 215. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: „Universitätsklinik zu Köln, Baufeld West“ in Köln-Lindenthal
hier: Feststellungsbeschluss
0290/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 74440/02
Arbeitstitel: Rather See in Köln-Rath/Heumar
4161/2019**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT
AN/0618/2020**

Dazu habe ich eine Rednerliste vorliegen. Als Erster hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt auch in diesen Corona-Zeiten noch gute Nachrichten. Eine solche gute Nachricht ist diese Vorlage. Denn was lange währt, wird endlich gut. Und lange, zehn Jahre lang, hat es gewährt, bis wir heute endlich dieses Verfahren zum Abschluss bringen können.

Es sind tatsächlich fast zehn Jahre vergangen, seit sich mit dem Stadtentwicklungsausschuss erstmals ein Gremium des Rates mit den Plänen für ein attraktives Naherholungsgebiet mit Badesee, mit Wasserskianlage und mit Ruhebereichen für die Natur befasst hat.

Den ersten Einleitungsbeschluss hat der Stadtentwicklungsausschuss im Jahr 2010 gefasst und im Jahr 2011 korrigiert. Im Jahr 2013 hat der Stadtentwicklungsausschuss dann den Vorgabenbeschluss zur Ausarbeitung eines B-Plan-Beschlusses gefasst.

Warum erzähle ich das? Das ist alles einstimmig beschlossen worden. „Einstimmig“ heißt: auch mit den Stimmen der Grünen, die davon heute gar nichts mehr wissen wollen.

Meine Partei stand und steht mit allen ihren Gliederungen ganz klar zu diesem Projekt, auf dessen Realisierung viele Menschen im Rechtsrheinischen schon lange warten. Nicht nur bei diesem Thema steht meine Partei für Verlässlichkeit - auch gegenüber Investoren.

Der Investor hat uns damals einen Weg aufgezeigt, wie aus einer Kiesgrube, also einem Baggerloch, ein Strandbad und eine Wassersportanlage in einem naturgeprägten Umfeld gebaut werden können. Wohl gemerkt: Es ist ein privates Projekt, das ohne öffentliche Mittel auskommen wird. Trotzdem musste der Investor einen langen Atem haben - einen sehr langen. Den hat er gehabt. Und das war gut so. Vielen Dank dafür.

Vielen Dank auch an die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, insbesondere im Stadtplanungsamt, die das Projekt ja erst möglich gemacht haben.

Vielen Dank außerdem - das muss erlaubt sein - an unseren Landtagsabgeordneten Jochen Ott, der sich auf allen Ebenen zehn Jahre lang für dieses Projekt eingesetzt hat. Beharrlichkeit zahlt sich eben am Ende doch aus. Und das ist auch gut so.

(Unruhe)

- Meine Mama sagt immer: Wir können zusammen singen, aber nicht zusammen reden. - Und jetzt habe ich das Wort.

(Zuruf)

- Okay.

Nun zum Projekt an sich - Sie wollen ja auch irgendwann nach Hause -: Kern des Projektes ist eine Wasserskianlage. Diese Anlage - und das wissen Sie - soll den wirtschaftlichen Betrieb des gesamten Vorhabens gewährleisten. Das wissen auch die Kolleginnen und Kollegen, die den Änderungsantrag gestellt haben, ganz genau.

Die Kombination der einzelnen Nutzungen - Badestrand, Wasserski und Gastronomie - soll sicherstellen, dass es endlich eine sichere und saubere Badestelle an diesem See gibt und die Bevölkerung endlich eine Chance auf sicheren und bezahlbaren Badespaß hat.

Denn - auch das steht ja in der Vorlage - es gibt günstige Eintrittspreise. Und das ist gut so. Der Eintritt kostet maximal 4,80 Euro für Erwachsene und 3,80 Euro für Kinder. Genau dasselbe zahlen Sie, wenn Sie in das städtische Bad am Vingster Baggerloch gehen. Da könnten wir uns auch gerne einmal treffen. Und nur dann - das finde ich ganz pfiffig -, wenn die KölnBäder GmbH die Preise erhöht, darf der Betreiber seine Preise im gleichen Maße anheben. So hat die Stadt, so hat der Rat mittelbar Einfluss auf die Eintrittspreise in einem privaten Betrieb. Und das ist gut so. Das könnte woanders auch so sein.

Gut an diesem Konzept ist, dass es gelingt, Flächen für den Freizeitspaß und Flächen mit naturnaher Gestaltung verträglich nebeneinander zu entwickeln. Deshalb wird in dem Konzept - Sie haben es ja gelesen - zwischen dem intensiv genutzten Südwesten für den Freizeitspaß und dem extensiv genutzten Nordosten für die Natur unterschieden. Der nördliche und östliche Bereich der Seefläche wird zukünftig als ruhige, naturnahe Zone ausgebildet. Und das ist auch gut so.

Unter dem Strich ist das eine runde Sache und eine gute Nachricht für die Menschen auf der Schäl Sick. Wir stimmen dieser Vorlage mit großer Freude und Überzeugung zu.

Der Änderungsantrag ist leider selbsterklärend falsch. Deshalb lehnen wir ihn ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Pakulat das Wort.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich gebe an Herrn Zimmermann ab!)

- Okay. - Vor Herrn Zimmermann ist aber erst Herr Weisenstein als Mit Antragsteller an der Reihe.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz begründen, warum wir diesen Änderungsantrag gemeinsam mit Grünen und GUT eingebracht haben. Gerade wurde hier dargelegt, wie lange die Planungen für diese Wasserskianlage schon zurückliegen. Wenn man das ein wenig Revue passieren lässt, kann man meines Erachtens nicht mehr sagen,

dass das, was wir vor zehn Jahren für richtig gehalten haben, heute noch unbedingt richtig ist.

Wir wissen doch alle, dass sich die Welt sehr stark verändert und wir auch sehr viel intensiver auf Naturschutz und auf Klimaschutz achten müssen, als wir das vielleicht vor zehn Jahren noch machen mussten. Dementsprechend ist es natürlich richtig, wenn wir den Rather See heute möglichst so erhalten, wie er ist, und nur sanft ausbauen. Dem steht eine Wasserskianlage nun einmal entgegen.

Deswegen lautet unser Plädoyer: Jawohl, es muss eine Steigerung an Lebensqualität für die Bevölkerung vor Ort geben. Das heißt aber nicht, dass das mit einer Eventskianlage passieren muss. Vielmehr muss das sanft passieren und so passieren, dass jeder und jede, der und die vor Ort leben, diesen See nutzen können, ohne dass die Ökologie beschädigt wird.

Deswegen bitte ich um Unterstützung unseres gemeinsamen Antrages. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Weisenstein hat unseren Antrag schon sehr gut begründet.

Ich möchte noch einmal zurückgehen auf die lange Geschichte dieses Sees bzw. dieses Baggerlochs oder dieser Auskiesung, wie auch immer man das nennen möchte. Wenn wir als Stadt Köln nichts unternehmen würden, wäre der Eigentümer verpflichtet, diesen See wieder in Eigentum zu nehmen und zu sichern. Dann wäre natürlich kein Badebetrieb möglich. Aber letztendlich würden der Stadt Köln keinerlei Kosten entstehen, und der Natur würde kein Schaden zugefügt.

Jetzt hat ein Investor ein Modell vorgelegt. Die Stadt Köln hat leider nichts anderes gemacht, als diesem Investorenwunsch nachzugeben. Anders kann man es nicht nennen. Der Investorenwunsch mag natürlich plausibel und auch legitim sein - aus wirtschaftlicher Sicht. Er fügt aber der Umwelt sehr großen Schaden zu.

Interessant ist ja, dass dieses Modell mit der Wasserskianlage nur dann funktionieren kann,

wenn wirklich Leute aus dem gesamten Umland zu dieser Anlage anreisen. Wir sprechen von bis zu 600 Stellplätzen, die hier geschaffen werden sollen. Dafür werden großkronige Bäume en masse gefällt. Außerdem erzeugen wir einen unglaublichen zusätzlichen Verkehr, wenn es denn funktionieren soll. Dann werden Leute aus dem gesamten Umland am Wochenende anreisen - sicherlich sehr zur Freude der Bürgerinnen und Bürger von Rath, die ohnehin schon unter der überlasteten Rösrather Straße leiden.

An dieser Stelle möchte ich aber auch aus der Kooperationsvereinbarung von CDU und Grünen zitieren. Dort heißt es in Zeile 716 ff.:

Eine Bebauung von hochwertigen ökologischen Flächen, ..., lehnen CDU und GRÜNE ab.

Ich finde es schon sehr erstaunlich, dass die CDU sich jetzt einen schlanken Fuß macht und hier der Stimmung in ihrer Gesamtpartei nachgibt, anstatt an der Seite der Grünen zu bleiben und für einen wirklichen Natur- und Klimaschutz in unserer Stadt zu sorgen.

Über die SPD kann ich auch nur den Kopf schütteln, wenn Sie, Herr Paetzold, hier von großer Freude sprechen. Dort werden Hunderte Bäume gefällt, Hunderte Autos fahren etc. Ich weiß nicht, was Sie dazu veranlasst, hier große Freude zum Ausdruck zu bringen. Dass ein privater Investor dann dort noch mehr Geld verdienen kann?

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

Aber was für eine Perspektive entwickelt die SPD eigentlich? Wo sind denn Ihre Signale für den ökologischen, sozialen Wandel hier in der Stadt? Sie sind beim Rather See alles andere als grün, alles andere als ökologisch. Sie sind beim FC alles andere als grün, alles andere als ökologisch. Sie sind beim Niehler Gürtel alles andere als grün, alles andere als ökologisch. Sie kriegen keine Verkehrswende hin. Nichts, liebe SPD! So wird es leider nichts.

Wie Herr Weisenstein plädiere ich für den gemeinsamen Änderungsantrag. Er würde dem Investor die Möglichkeit eröffnen, eine abgeseckte Variante zu entwickeln. Was hier vorgeesehen ist, ist eindeutig überdimensioniert und widerspricht Natur- und Umweltschutz. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Pakulat und dann Herr Breite.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Zimmermann hat inhaltlich schon vieles zu unserem Antrag gesagt. Begreifen Sie den Antrag als Angebot unsererseits, um von dieser unsäglichen Wasserskianlage am Rather See wegzukommen.

Sie haben jetzt die Chance, einem Antrag zuzustimmen, der genau das beinhaltet, was die Bürger und Bürgerinnen wollen. Sie wollen nämlich dort einen Badestrand sowie den Erhalt der Natur und der Tierwelt. Ergreifen Sie die Chance, und stimmen Sie diesem Antrag zu. Dann machen Sie auch die Bürger und Bürgerinnen vor Ort glücklich. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite und dann Frau De Bellis-Olinger.

Ulrich Breite (FDP): Meine Damen und Herren! Ich komme mir wirklich vor wie früher, als die Eltern gesagt haben, welchen Sport ich treiben soll oder welchen Sport ich nicht treiben soll. Ob es Beatmusik oder Rockmusik war: Das war alles ganz schlimm und wurde verboten.

Heute will man Wasserski verbieten und andere Sachen verbieten. Man will Kindern und Jugendlichen sozusagen vorschreiben, was sie zu machen haben - und das vonseiten der grünen Partei, die doch einmal aufgestanden ist, um den Menschen ein freies Leben zu ermöglichen. Das kann ich in dieser Form nicht mehr nachvollziehen.

Jetzt ist also plötzlich Wasserski ökologisch bedenklich oder sonst irgendetwas. Ich habe am Starnberger See noch nie erlebt, dass sich dort Leute über Wasserskianlagen aufgeregt hätten.

(Heiterkeit)

Jetzt soll im Rat gesagt werden: Das kann man in Köln nicht machen. - Ich habe noch nie gehört, dass die Immobilienpreise am Starnberger See deswegen heruntergegangen wären.

Ich frage mich wirklich nach dem Sinn. Gleichzeitig will man, dass die Menschen nicht mehr in

Urlaub fliegen. Von Herrn Zimmermann hört man ja immer, dass sie das nicht machen sollen. Dann wollen wir etwas tun, damit die Menschen hier Urlaub machen können und Freizeitaktivitäten nachgehen können. Nein, das ist auch wieder falsch.

Herr Zimmermann, ich wünsche Ihnen nicht, dass Ihre Kinder zum 1. FC Köln gehen wollen oder Wasserskisport gut finden. Dann wäre ich einmal gespannt, was Sie zu Ihren Kindern sagen würden. Dann sehen Sie nämlich sehr old-fashioned aus, um das ganz deutlich zu sagen.

Darum bin ich folgender Meinung: Lassen Sie uns doch an dieser Stelle einmal etwas ausprobieren. Wenn die Menschen, wie Sie sagen, hier Urlaub machen sollen, müssen wir auch Angebote schaffen.

Und hören Sie auf, etwas zu verbieten und zu sagen, welcher Sport gut und welcher schlecht ist. Damit kommen Sie bei den Kindern und Jugendlichen gar nicht gut an, glaube ich. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger, bitte.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Nach dieser geballten Emotion versuche ich, die Ausführungen wieder ein bisschen auf die Sache zu konzentrieren - wobei ich Uli Breite sehr recht geben muss: Verbote sind nicht unser Ding. Dafür sind andere zuständig, auch andere hier im Rat.

Und ganz ehrlich, Herr Zimmermann: Wenn Sie hier einen Halbsatz aus unserer Kooperationsvereinbarung zitieren und nicht erwähnen, unter welcher Passage er steht, passt das auch nicht ganz. Der guten Ordnung halber sollte man das dann auch vollständig darstellen.

Wir freuen uns, auch gemeinsam mit der SPD dieses Projekt auf den Weg zu bringen

(Ulrich Breite [FDP]: Hallo, wir auch!)

- Moment; ich gucke auch gerne zu dir herüber, lieber Uli; zum Atmen musst du mir auch Zeit lassen -, natürlich auch mit der FDP.

Lieber Herr Paetzold, Sie haben eben eine große Dankesliste aufgeführt. Dem schließen wir uns an. Zur politischen Ehrlichkeit gehört aber auch: Dank gilt genauso der CDU und auch der CDU

vor Ort in Kalk, die sich ebenfalls seit über zehn Jahren für das Projekt einsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen würde ich das gerne an dieser Stelle noch einmal einbringen.

(Zuruf von der SPD: Das tolerieren wir sehr!)

- Danke schön.

Wie ich schon sagte, freuen wir uns sehr, dass wir, wie auch am Donnerstag letzter Woche im Stadtentwicklungsausschuss, das Projekt mit großer politischer Mehrheit umsetzen können.

Ein bisschen ärgert mich, dass die Gegner Argumente gegen die Bebauung des Rather Sees aufführen, die eigentlich nicht der Realität entsprechen. Drei Punkte möchte ich hier einmal nennen.

Eine Begründung lautet, dass angeblich der Naturschutz in Gefahr ist und nur die Gegner den Naturschutz im Blick haben. In den letzten Jahren ist aber auch deutlich geworden, dass der See illegal genutzt wird. Dort finden Partys statt, und es kommt zu Vermüllung. Ich weiß gar nicht, wie dieses rücksichtslose Verhalten denn mit der Renaturierung des Geländes überhaupt übereinkommen soll.

Wie ich schon erwähnt habe, war der Baggersee nie legal öffentlich zum Schwimmen zugänglich. Das hat auch damit zu tun, dass wir sehr viele Todesopfer im Baggersee beklagen mussten. Denn die Abbaukante ist ziemlich steil, und die Temperaturunterschiede sorgen für Strömungen. Das kennen wir auch von anderen Baggerseen. Deshalb ist es umso wichtiger, hier tatsächlich bessere Verhältnisse zu schaffen.

Würden wir heute den Gegnern folgen - und dazu muss ich leider auch die Grünen zählen, genauso wie die GUTen und die LINKEN, nicht nur die Gegner vor Ort; hier kann ich ja auch nur den Rat ansprechen -, würden wir das gesamte Gebiet einzäunen, sodass es für die Bürger überhaupt nicht mehr zugänglich wäre. Und ganz ehrlich: Das kann doch keiner wollen. Damit sind wir auch wieder bei den Verboten. Man darf den See dann nicht mehr betreten. Denn das müsste nach dem Ende der wirtschaftlichen Abkiesung tatsächlich der Fall sein.

Ausgeschlossen ist auch, dass die Stadt Köln das Gelände kauft, um dann den Badesee zu

betreiben. Das ist ja bereits abgelehnt worden und muss auch nicht mehr geprüft werden.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch noch zwei Dinge in Erinnerung rufen.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens gab es eine Umwelt- und Naturverträglichkeitsprüfung. Hier wird ja nicht irgendetwas einfach in eine Beschlussvorlage geschrieben, nur weil es nett klingt. Vielmehr haben tatsächlich auch fundierte Prüfungen stattgefunden. Es gab Offenlagen und Bürgerbeteiligung.

Dabei sind unheimlich gute Anregungen gegeben worden, die praktisch mit aufgenommen werden.

Dazu gehören auch - bitte hören Sie da gut zu - der Erhalt und die Wiederherstellung von Grünflächen und auch von Baumflächen. Es ist also nicht richtig, dass hier etwas abgebaut wird und die Natur dann komplett verschwunden ist. Das wird es nicht geben.

Wie Sie schon vor Ort mitbekommen haben, steht auch die CDU für vernünftige und nachhaltige Kompromisse. Wir freuen uns, dass man sich im Rahmen der Bürgerbeteiligung und der Gespräche mit dem Vorhabenträger und der Stadt Köln geeinigt hat, die Anlage lediglich wenige Monate im Jahr zu öffnen. In der restlichen Zeit kann sich auf dem gesamten Gelände wieder die Natur weiter entfalten. Es gibt zudem eine Eingrenzung von Betriebszeiten der Wasserskianlage. Auch die Anzahl von Events ist auf nur drei pro Jahr festgelegt worden.

Daher kann ich die Sorge, dass Rath künftig mit Hunderten oder Tausenden von Autos zugeflutet wird, nicht nachvollziehen. Dem wird nicht so sein. Auch die Verkehrsgutachten können das nicht feststellen.

Die sozial verträglichen Eintrittspreise begrüße ich sehr. Sie kommen vielen Bürgern zugute. Auch das kostenfreie Schwimmen für 45 Minuten ist eine gute Sache. Wenn man vielleicht morgens vor der Arbeit nur ein paar Bahnen in der freien Natur in einem See ziehen will: Warum denn nicht? Das kann ja auch jedem selbst überlassen sein.

Durch die Aufsicht, die über den Badebetrieb erfolgt, haben wir natürlich auch für den restlichen Teil dieses Naturgebietes eine Aufsicht.

Ich kann gut nachvollziehen, dass das alles auch wirtschaftlich getragen werden muss und dass es nur mit einer Quersubventionierung möglich

ist, das alles zu gewährleisten. Denn letztendlich ist das alles auch mit Kosten, Manpower und dergleichen verbunden.

Das Beispiel der Wasserskianlage in Langenfeld zeigt, dass auch eine Seennutzung sehr gut funktioniert.

Und ich bin mir sicher: Die Ersten, die dort schwimmen gehen, sind dann vielleicht auch die Gegner. Wir werden sie dann alle im Sommer in Rath am Baggersee finden.

Den Änderungsantrag - das habe ich jetzt mit meiner langen Rede deutlich gemacht; aber jetzt nutze ich auch einmal die Zeit in diesem schönen Saal - lehnen wir natürlich ab. Denn das ist alles bereits ausdiskutiert worden und muss nicht noch einmal diskutiert werden.

Liebe Sabine, wenn man etwas aufwärmt, heißt das nicht, dass es besser wird. Das ist alles geprüft worden. Es wird auch nicht möglich sein, die gesamten Angebote, die es am Rather See geben soll, anders umsetzen. Das geht in dieser Form nicht.

Wir lehnen den Änderungsantrag ab und stimmen der Beschlussvorlage zu. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte das aufgreifen, was Frau De Bellis-Olinger gesagt hat. Die Diskussion ist geführt. Deswegen bitte ich Sie, weil wir uns heute ja auch zeitlich beschränken wollen, auf eine zweite Rederunde zu verzichten.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT] meldet sich zu Wort)

- Herr Zimmermann, auch Sie bitte ich darum.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Ich mache aber nicht mit!)

- Ich kann Sie nicht verstehen.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ich würde gerne noch einen Wortbeitrag leisten. Ich bin mehrfach angesprochen worden und möchte darauf erwidern. Ehrlich gesagt, sehe ich jetzt auch nicht - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir hatten vorher vereinbart, dass wir Redebeiträge

begrenzen. Und hier sind wirklich - - Ich will jetzt nicht behaupten, dass das seit zehn Jahre diskutiert worden ist. Aber es ist lange diskutiert worden. Ich bitte Sie wirklich, jetzt darauf zu verzichten.

Ich stelle aber selbstverständlich als Erstes den Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, Herr Zimmermann und die LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Grünen, Herr Zimmermann und die LINKEN. Damit ist das so beschlossen.

(Beifall)

Gibt es Enthaltungen? Ich habe nicht nach Enthaltungen gefragt. Die kann es aber eigentlich nicht mehr geben. - Okay.

(Christian Joisten [SPD]: Wie hat die Oberbürgermeisterin gestimmt?)

- Die Oberbürgermeisterin hat dafür gestimmt.

(Christian Joisten [SPD]: Danke schön!
- Michael Paetzold [SPD]: Sehr gut!)

Ich komme zu:

17 Wahlen

17.1 Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V.

hier: Bestimmung von zwei Mitgliedern 1293/2020

Mir liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor: für die SPD Herr Walter Ludwigs und für die CDU Frau Ursula Gärtner.

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

**18.1 Notfallfonds zur Struktursicherung bei
durch die Corona-Pandemie betroffenen
Livemusikspielstätten in Köln
1064/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?
- Keine. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18.2 Erstattung von Elternbeiträgen und Es-
sensgeld wegen weiterer Corona-
bedingter Schließung von Kindertages-
betreuungen
1144/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?
- Der AfD. Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18.3 Erstattung von Elternbeiträgen und Es-
sensgeld wegen Corona-bedingter
Schließung von Kindertagesbetreuun-
gen für Mai 2020
1251/2020**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Damit ist so beschlossen.

Jetzt sind wir an der Stelle angelangt, an der die
Nichtöffentlichkeit hergestellt wird. Ich bitte des-
wegen diejenigen, die nicht befugt sind, hierzu-
bleiben, uns zu verlassen, und sage Auf Wieder-
sehen.

(Schluss: 18.41 Uhr)